

Metallarbeiter-Zeitung

Organ für die Interessen der Metallarbeiter

Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

Ersteinst wöchentlich am Samstag.
Abonnementspreis pro Quartal 1 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Fehrm.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Rätestraße 16 a part.
Telephonruf: Nr. 8800.

Insertionsgebühr pro sechsgepaltene Kolonelle:
Arbeitsvermittlung 1 Mark, Privatanzeigen 2 Mark.
Geschäftsinserten finden keine Aufnahme.

In einer Aufl. von **396000** Exemplaren
erscheint diese Ztg.

Die Berliner Metall- und Maschinenindustrie im Jahre 1909.

Die Berliner Handelskammer hat mit gewohnter Promptheit den ersten Teil ihres Jahresberichts für 1909 veröffentlicht, der wieder manches Bemerkenswerte enthält. Einleitend wird konstatiert, daß das verfloßene Wirtschaftsjahr fast auf allen Gebieten Fortschritte erkennen ließ, wenngleich die Besserung der Erwerbsverhältnisse im allgemeinen nicht über einen mäßigen Grab hinausging. Im ersten Halbjahr litt die überwiegende Mehrzahl der Gewerbe noch unter der wirtschaftlichen Depression, während im zweiten Semester eine Belebung eintrat. Allerdings standen einige Industrien vom Anfang bis zum Ende des Berichtsjahres im Zeichen einer günstigen Konjunktur, so auch die elektrische Industrie. Diese hatte bereits im Jahre 1908, das sonst fast allen anderen Industrien sich unangenehm fühlbar machte, eine Ausnahmestellung. Die Gunst der Verhältnisse übertrug sich auf die Folgezeit und so erfuhr sie im Jahre 1909 noch eine weitere Steigerung. Die Hauptursache dieser Erscheinung ist in der von Jahr zu Jahr sich vollziehenden Erweiterung des Verwendungsgebietes der elektrischen Kraft für wirtschaftliche Zwecke zu finden.

Weniger günstig war die Situation für die Maschinenindustrie. Es wird darüber berichtet: „Die Maschinenfabrikation, die im Vorjahre größtenteils unbefriedigende Ergebnisse verzeichnet hatte, verbarnte während des ersten Semesters des Jahres 1909 im allgemeinen auf dem bisherigen ungünstigen Stande, gelangte dann aber zu lebhafteren Umsätzen. Allerdings ging die Besserung für zahlreiche Betriebe des Gewerbes nicht über eine bescheidene Grenze hinaus. Einige Branchen, beispielsweise diejenigen, welche Eisenkonstruktionen und sonstige Artikel für Bauten liefern, ferner die Lokomotivfabrikation und auch die Werkzeugindustrie verzeichneten wenig oder nichts von einem Aufschwunge, während die Fabrikation landwirtschaftlicher Maschinen und Geräte, die bereits auf ein günstiges Vorjahr hatte zurückblicken können, einer weiteren Steigerung der Umsätze sich erfreute. Die Lage der Gießereien war nicht durchweg besser als im Vorjahre; nur soweit sie Lieferanten für die prosperierende Elektrizitätsindustrie waren, erzielten sie regere Umsätze. Ein Ausfall im Absatz ergab sich für mehrere Branchen der Maschinenfabrikation aus dem Umstand, daß die Behörden in Bezug auf Neuanfertigungen, Herstellung von Bauten u. merkwürdige Zurückhaltung beobachteten. Die Preise für die meisten Rohmaterialien erfuhr eine Minderung. In noch stärkerem Grade aber ermäßigten sich die Preise der Fertigfabrikate, was auf die überaus scharfe Konkurrenz zurückzuführen ist. Der Export von Maschinen, der mit den hohen Schutzdellen des Auslandes zu rechnen hat, ging zurück. Sowohl für die Maschinen- als auch für die elektrische Industrie ist festzustellen, daß die Kredit- und Zahlungsverhältnisse sich besserten.“

Der Bericht stellt die gewiß nicht überraschende Tatsache fest, daß die Kaufkraft der landwirtschaftlichen Bevölkerung, das heißt der wohlhabenderen Agrarier erhöht worden ist, denn die große Masse der Kleinbauern, der landwirtschaftlichen Arbeiter und Dienstboten ist ja trotz der Wucherzölle und der Wucherpreise in keine bessere Lage gekommen; im Gegenteil müssen auch sie alles teurer bezahlen, ohne daß ihr kleines Einkommen überhaupt oder in jähbarem Maße gestiegen wäre. „Bemerkenswert ist“, sagt der Bericht, „daß diejenigen Gewerbe und Betriebe, welche vorzugsweise landwirtschaftliche Rundschaff haben, in diesem Umstand eine Stütze ihres Absatzes fanden, eine Tatsache, die wir auch schon für das Jahr 1908 festgestellt konnten. Der Ertrag der landwirtschaftlichen Betriebe hat sich in den letzten Jahren dank guter Ernten, die zu hohen Preisen bewertet wurden, nicht unbedeutend gehoben. Da auch die Ernte des Berichtsjahres sehr reich ausfiel und die Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse einen überaus hohen Stand erreichten, konnte auf Seiten der ländlichen Rundschaff sich eine bemerkenswerte Nachfrage einstellen. Deshalb nahm das Geschäft, welches die Fabrikation landwirtschaftlicher Maschinen erzielte, wie im Vorjahre einen günstigen Verlauf, und auch beim Absatz von Bauartikeln, von Werkzeugen und Eisenwaren, von Erzeugnissen der Bekleidungsindustrie, von Schmiedegeräten u. s. w. war der Einfluß jener Rundschaff zu verspüren.“

Auf der anderen Seite ist infolge der immensen Verteuerung der Lebenshaltung die Kaufkraft der Arbeitermassen für gewerbliche Artikel ungemein geschwächt, so daß zum Beispiel an ebenfalls notwendigen und unentbehrlichen Bedarfsartikeln, wie Kleidern und Schuhen bis aufs äußerste gespart werden muß. ebenso an Gegenständen der Wohnungseinrichtung u. s. w. Die Erhöhung der Kaufkraft eines verhältnismäßig kleinen Teiles der landwirtschaftlichen Bevölkerung auf Kosten der Konsumenten in den Städten und Industriegebieten bietet jedenfalls keinen Ersatz für die Herabsetzung der Kauf- und Konsumkraft der millionenstarken Arbeiterbevölkerung als Abnehmer von Industrieerzeugnissen. Darauf weist auch die Berliner Handelskammer mit der Feststellung hin, daß die hohen Lebensmittelpreise ein Hindernis für die Erweiterung des Konsums an anderen Waren bilden. Ein Mittel zur Gesundung dieser Verhältnisse wird jedoch nicht vorge schlagen und doch ist die Möglichkeit dazu vorhanden. Man befreite endlich den geradezu verwerlichen Umfang der unter dem Titel der Einfuhrschutze gewährten Exportprämien auf die Ausfuhr deutschen Getreides; man hebe endlich die Grenzsteuer auf ermäßigte die Wucherzölle auf Lebensmittel und mache so der unbegrenzten agrarischen Plünderung der großen Volksmehr-

heit durch eine kleine räuberische Minderheit ein Ende. Es würden auch dann noch die Preise der landwirtschaftlichen Produkte eine für die Agrarier rentable Höhe behalten, aber es würde doch der untragliche Zustand aufgehoben, daß die in Gewerbe, Industrie, Handel und Verkehr beschäftigten Millionen das ganze Jahr hindurch nur für die Erhaltung des nackten Lebens arbeiten müssen.

Die Handelskammer hebt hervor, daß im Jahre 1909 die Lohnsätze keinen großen Umfang erlangten und sie meint, daß auch jetzt die wirtschaftliche Lage keinen Anreiz zu Streikproben in Form von Streiks bietet, wohl aber Stimmung macht für einen friedlichen Ausgleich strittiger Punkte. „Es bedarf keiner Bemerkung dafür, daß das Interesse der Unternehmer wie der Arbeiter eng mit der Aufrechterhaltung des sozialen Friedens verknüpft ist. Der Gedanke, daß eine Besserung der Konjunktur das Signal zu Streiks geben könnte, ist in hohem Maße geeignet, in die geschäftliche Kalkulation das Moment der Unsicherheit zu tragen, damit die Unternehmungslust zu dämpfen und die Durchführung weitläufiger Projekte hintanzuhalten.“

Diese hoffentliche Beschwichtigung mögen vor allem die Unternehmer beherzigen und den durch die Not der Zeit erzeugten Forderungen der Arbeiter entgegenkommen; diese streiken nämlich nicht des Streiks wegen, sondern nur dann, wenn kein anderes Mittel mehr verfangen will zur Erlangung notwendiger Verbesserungen der Arbeits- und Lohnverhältnisse.

Ohne kritische Bemerkungen, ohne Warnung und Beschwichtigung wird über die Bewegung der Preise der Metall- und Maschinenindustrie notwendiger Koststoffe berichtet. Die Preise für gußeiserne und schmiedeeiserne Verbindungsstücke wurden durch die Konvention der Werte auf „normaler Höhe“ gehalten. Die Preisänderungen, die das Kupfer am Londoner Markt durchzumachen hatte, waren verhältnismäßig gering, sie betrugen im Maximum kaum 10 % für die Zinne. Der Minimalpreis wurde mit 54 1/2 £ im März erreicht, der Maximalpreis mit 64 1/2 £ im Januar. Der Berliner Kupferpreis schwankte zwischen 117 und 140 M für 100 Kilogramm. Der Preis für Kupferblech zwischen 148 und 160 M, für Kupferdraht zwischen 147 und 153 M, für Kupferrohr zwischen 177 und 187 M. Messing hatte bei Auflösung des Kartells einen Preis von 125 M; er sank dann auf 116 und 118 M. Erhebliche Schwankungen erfuhr die Zinnpreise. Am 1. Februar kostete Bantozinn 262 M (100 Kilogramm), im November 296 M, Aufstrazinn 258 und 300 M; Riffenblech stiegen um 50 S bis 1 M im Preise; Kohzinn von 45,25 auf 48 M, Zinkblech von 57,50 auf 62 M; Walzblei- und Bleirohrpreise bewegten sich während des Berichtsjahres zwischen 34,50 und 37,50 M; Antimon zwischen 59 und 80 M per 100 Kilogramm. Die Preise verschiedener Rohstoffe sind erhöht worden, aber dagegen wendet sich die Handelskammer aus Klassenloyalität so wenig wie gegen die unaufrichtigen Preisstreiber der agrarischen Lebensmittelwucherer.

In einem besonderen Kapitel wird die „Sozialpolitik“ behandelt, in dem die Berliner Handelskammer ihren ganzen Konteraktismus auf diesem Gebiet offenbart. Sie beschäftigt sich besonders mit der Revision der Gewerbeordnung und wendet sich so ziemlich gegen alles, was inzwischen nun in Kraft getreten ist und von der Reichstagskommission für die große Gewerbeordnungs-Novelle beschlossen worden war, durch den Reichstagsbeschluss aber hinfällig wurde. Sie beanstandet die Schaffung von Arbeiterschüssen für Betriebe von 20 Arbeitern an; den Achtstundentag; den Neunstundentag für kaufmännische Büreaus und Lageräume; die Anstellung von Handelsinpektoren; die Regelung der Heimarbeit und Schaffung von Lohnämtern; das Verbot der Verwendung von giftigen Weisfarben im Malergewerbe. Der Standpunkt der absoluten Mandatstheorie in ungetrübtster Reinheit. Mit der Abschwächung der Konkurrenzklauseel zugunsten der Angestellten und mit dem Zehnstundentag der Arbeiterinnen ist sie angezogen der 9 1/2- und 9stündigen Arbeitszeit in Berlin einverstanden. Aber vom Zehnstundentag verlangte die Handelskammer 50 Ausnahmestage in jedem Jahre für Überzeitarbeit, die die Unternehmer beliebig unter den 300 Arbeitstagen jollten auswählen können. Also wiederum ein Stück Unternehmerwillkür. Können die Herren ein Gesetz nicht mehr verhindern, so beschuchen sie, es zu verwässern.

Sa wir auch in der Metall- und Maschinenindustrie sehr stark an der neuen Gewerbeordnungs-Novelle interessiert sind, wird es auch eine wichtige Aufgabe unserer drücklichen Verwaltungstellen sein, der Durchführung der neuen Arbeiterschutzbestimmungen die ernsteste Aufmerksamkeit zu widmen.

Sozialpolitische Fortschritte in England.

Während die Scharfmacher und Arbeiterfeinde in Deutschland seit der Gründung des Hansabundes mit vereinten Kräften an Werke sind, die Sozialpolitik zum völligen Stillstand zu bringen oder zu verschlechtern, schreitet die Sozialpolitik in England, dem hauptsächlichsten Rivolen Deutschlands auf dem Weltmarkt, unaufhaltsam weiter fort. So sind mit dem 1. Januar 1910 neue sozialpolitische Gesetze in Kraft getreten, die die staatliche Organisation des Arbeitsschutzes, die Errichtung und die Tätigkeit von Lohnämtern für die Heimarbeit, den Wohnung- und Städtebau, die Errichtung von Jugendgerichtshöfen und endlich den Betrieb von Kinetographen betreffen. Gleichzeitig ist am genannten Tage das Altersrentengesetz für die jetzt 600 000 altersschwachen Personen in seine volle Wirksamkeit getreten.

Von besonderer Bedeutung für Deutschland ist das Lohn- u. mtergesetz, weil die Reichstagskommission für die große Gewerbeordnungs-Novelle ebenfalls die Errichtung von Lohnämtern für die Heimarbeit beschlossen hatte, der Beschluß aber, wie alle ihre anderen bezüglichen Beschlüsse, durch den Selbstschluß hinfällig wurde und weil ferner der damalige Staatssekretär des Reichsan-

des Innern und heutige Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg den betreffenden Kommissionsbeschlüssen als den ersten Schritt zum Sozialismus erklärte. Wäre das wahr, so ständen wir vor der Tatsache, daß die liberale Regierung Englands ganz unbefenlich diesen Schritt zum Sozialismus getan hat und dabei doch die kapitalistische Regierung eines kapitalistischen Landes ist, eine kapitalistische Regierung, die nicht im Traum daran denkt, den herrschenden Kapitalismus durch den Sozialismus zu ersetzen. Lohnämter sind aber auch das gerade Gegenteil vom Sozialismus und haben daher nicht nur gar nichts mit ihm zu tun, sondern beide schließen einander direkt aus. Lohnämter haben den Kapitalismus, die privatkapitalistische Produktion mit ihrer Lohnarbeit zur Voraussetzung, während der Sozialismus die Abschaffung der privatkapitalistischen Produktion und ihrer Lohnarbeit bedeutet. Wer unter solchen Umständen Lohnämter den ersten Schritt zum Sozialismus nennt, hat entweder keine Ahnung vom Wesen des Sozialismus und dann sollte er schweigen und vorerst etwas lernen, oder aber er kennt ihn und stellt dann eine Behauptung wider besseres Wissen auf, prägt ein demagogisches Schlagwort, um im Interesse des Kapitals die Schaffung einer für die Arbeiter notwendigen und nützlichen Einrichtung zu hintertreiben. Wer eine solche Politik ausübt, mag das Zeug zu einem Scharfmacherpretreär haben, aber er eignet sich nicht für die Rolle eines Sozialpolitikers im besseren Sinne des Wortes. Auf jeden Fall aber hat das englische Beispiel die Wiederholung der Bethmannschen Phrase unmöglich gemacht.

Das englische Lohnämtergesetz ist ziemlich umfangreich und vorbildlich für andere Länder. Es gilt zunächst für vier Gewerbe: die Schneiderei, Schachtelmacherei, Bettmacherei und die Spitzenindustrie; das Handelsministerium kann es aber jederzeit auf jedes besondere Gewerbe ausdehnen, wenn es davon überzeugt ist, daß in irgendeinem Zweige dieses Gewerbes die vorherrschenden Lohnsätze im Vergleich mit denen in anderen Beschäftigungsarten außergewöhnlich niedrig sind und daß die sonstigen Verhältnisse des Gewerbes die Anwendung des Gesetzes zweckdienlich erscheinen lassen. Die Einführungsverordnungen bedürfen der Genehmigung des Parlaments. Das Handelsministerium soll, wenn tunlich, ein Lohnamt oder mehrere Ämter für jedes diesem Gesetz unterworfenen Gewerbe oder irgendwelchen Zweig desselben errichten. Die Lohnämter haben bei Behörden auf ihr Verlangen Berichte über bestimmte Angelegenheiten zu erstatten.

Die wichtigste Aufgabe der Lohnämter ist die Festsetzung von Mindestlöhnen für Zeit- und Stundarbeit, die jederzeit wieder aufgehoben oder abgeändert werden können. Durch eine „zwingende Verfügung“ kann das Handelsministerium die amtlichen Mindestlohnsätze für alle Unternehmer und Arbeiter der betreffenden Gewerbe verbindlich erklären. Unternehmer, die niedrigere als die festgesetzten Minimallohne zahlen, werden mit Bußen bis zu 400 M für jeden Fall eines derartigen Vergehens und außerdem mit Bußen bis 100 M für jeden Tag, an dem das Vergehen andauert, bestraft; außerdem kann sie das Gericht zur Nachzahlung der Lohnsdifferenz an die geschädigten Arbeiter verurteilen. Für gedrückte Arbeiter kann das Lohnamt eine Ausnahme von den Minimallohnen machen. Jede Vereinbarung über die Zahlung von Löhnen in Zuwiderhandlung dieser Bestimmung soll nichtig sein. Als „Arbeitgeber“ im Sinne dieses Gesetzes gelten alle Ladenbesitzer, Verleger oder Händler, die Personen mit Lohnarbeit beschäftigen.

Die Lohnämter sollen aus gleich viel Vertretern der Arbeiter und Unternehmer bestehen, zu denen hinzu der Handelsminister noch weitere Mitglieder ernennen kann. Dabei sind Frauen ebenso wählbar wie Männer. In Lohnämtern für Gewerbe mit vielen Heimarbeiterrinnen soll mindestens eines der mitwirkenden ernannten Mitglieder eine Frau sein. Die Zahl der ernannten Mitglieder soll kleiner sein als die Gesamtzahl der Vertretermitglieder der Arbeiter und Unternehmer.

Ein Lohnamt kann Bezirks- und Lohnauschüsse errichten, die die Aufstellung von Mindestlohnsätzen vorschlagen sollen. Jeder Bezirksauschuss soll einen ständigen Unteranspruch zur Prüfung von Anträgen auf besondere Mindestlohnsätze und Klagen auf Grund dieses Gesetzes gegen das Lohnamt ernennen. Es kann dem Bezirkslohnanspruch ferner jede Angelegenheit zur Berichterstattung und zur tatsächlichen Entscheidung überweisen.

Das Handelsministerium kann Beamte für die Zwecke des Gesetzes und seiner richtigen Befolgung ernennen mit ähnlichen Befugnissen wie die Fabrikinspektoren. Jeder dieser Beamten kann auch Verhandlungen auf Grund dieses Gesetzes vornehmen und vor den Gerichten für summarische Rechtsprechung Verhandlungen auf Grund des Gesetzes führen, auch wenn er nicht Rechtsanwalt oder Sachwalter ist.

Die Verweigerung oder Verhinderung der Beibringung von bezeichneten Urkunden oder die Verschöpfung des Beamten wie auch die Verhinderung seiner Amtsausübung werden mit einer Buße bis zu 100 M, die Verbringung wissenschaftlich falscher Urkunden oder falsche Aussagen werden mit Bußen bis zu 400 M oder Gefängnis bis zu 3 Monaten mit oder ohne Zwangsarbeit bestraft.

Die amtlichen Bekanntmachungen auf Grund dieses Gesetzes haben die Unternehmer in ihren Fabriken oder Werkstätten oder den Stätten für Ausgabe der Heimarbeit bei Buße bis zu 300 M anzubringen.

Dieses neue Gesetz kann je nachdem recht gutes für die Arbeiter wirken, jedoch bleibt die Praxis abzuwarten. In der australischen Kolonie Victoria hat sich das seit Jahren bestehende Gesetz über die Lohnämter und Mindestlöhne, das dem neuen englischen Lohnämtergesetz als Vorbild diente, für die Arbeiter gut bewährt. Die dort festgesetzten Mindestlöhne decken sich fast durchweg mit dem Begriff des Gewerkschaftslohnes.

Das Gesetz über die staatliche Organisation des Arbeitsschutzes gibt dem Handelsministerium die Kompetenz, an allen ihm geeignet erscheinenden Orten Arbeitsschutz-

zu erhalten und zu betreiben. Es kann auch solche, die von anderen Behörden oder Personen unterhalten werden, unterhalten oder überlassen. Im Übrigen ist mit dem Finanzminister nach dem Handelsministerium Bestimmungen aufzustellen über die Gewährung von Darlehen an Arbeitsnachweiser, um ihnen die Mittel zur Reise nach dem Orte zu geben, wo sie durch Vermittlung des Arbeitsnachweisers Arbeit erhalten.

Weitere Bestimmungen sollen aufgestellt werden zum Schutze der Arbeiter in allen den Fällen, in denen sie die Annahme einer ihnen angebotenen Arbeit mit der Begründung verweigern, daß in ihrem Gewerbe eine Arbeitslosigkeit besteht oder daß der offerierte Lohn geringer sei als der in dem betreffenden Bezirk für das fragliche Gewerbe übliche Lohn. Diese Arbeiter dürfen nicht von der Vermittlungsdienstleistung ausgeschlossen und auch sonst nicht benachteiligt werden. Damit sind die Forderungen der Gewerkschaften erfüllt worden, die sich andernfalls an das staatliche System nicht angeschlossen hätten würden.

Dem Schutze der Arbeiter dient auch die Bestimmung, daß mit Geldbuße bis zu 200 M bestraft wird, wer wissenschaftlich einem Beamten oder sonstigen Beauftragten des Arbeitsnachweisers falsche Angaben macht, um Arbeiter zu erhalten. Die gleiche Buße wird allerdings auch dem Arbeiter angedroht, der mit unrichtigen Angaben Arbeit zu erlangen sucht, was ja wohl nur selten vorkommen dürfte. Der erstere Fall hingegen passiert zweifellos oft und betrifft einfach den Streikbrecher, der durch das Gesetz verurteilt werden soll.

Ein Mangel besteht das Gesetz insofern, als nicht obligatorische, paritätische aus Vertretern der Arbeiter und Unternehmer zusammengesetzte Verwaltungskommissionen vorgesehen sind, sondern es dem Ermessen des Handelsministeriums anheimgestellt ist, beratende Ausschüsse einzusetzen.

Wie der liberale Handelsminister Churhill sich die Durchführung des Gesetzes denkt, hat er in einem Vortrag dargelegt. Danach sollen in den nächsten Monaten 130 Arbeitsnachweiserstellen in allen Teilen des Landes eröffnet und sodann das Netz nach weiter ausgebaut werden. Zum Leiter des gesamten Arbeitsnachweiserwesens ist Heberich ernannt worden. Ueber sachliche Einzelheiten der Organisation und Verwaltung verständigt sich das Arbeitsamt als Arbeitervertretung mit den Unternehmern.

Die gesamte Organisation des Arbeitsnachweiser soll nach drei Klassen gegliedert werden: 1. Arbeitsnachweise für Städte mit mehr als 100 000 Einwohnern, deren 30 bis 35 mit Leiter und vier bis fünf Hilfskräften; 2. 40 bis 50 Arbeitsnachweise für Städte zwischen 50 000 und 100 000 Einwohnern; 3. 70 bis 75 Arbeitsnachweise für Städte mit 25 000 bis 50 000 Einwohnern. Zu den eigentlichen Arbeitsnachweiser sollen ergänzend noch eine Reihe von Nebenstellen hinzukommen, so in den Hafenanlagen etc.

Die Kosten der staatlichen Organisation des Arbeitsnachweiser werden auf 1 920 000 M berechnet, die jährlichen Gehälter für circa 800 Beamte und Schreiber auf 1 900 000 M. Zunächst werden leerstehende Läden und Bureaus oder auch ältere Verwaltungsgebäude, die nicht mehr in Benutzung sind, für den Arbeitsnachweiser gemietet und brauchbar gemacht, später sollen eigene Gebäude für die Arbeitsnachweise erstellt werden.

Wo in ganzen eine großzügige staatliche Organisation des Arbeitsnachweiser, wie sie in dieser Form kein anderes Land besitzt.

Verfehlte Akkordpolitik.

Auf die Aufforderung des Herrn Ingenieur West hin, in eine Kritik über die von ihm gemachten Vorschläge zu diesem Thema einzutreten, möchte auch ich mich an einer solchen Debatte beteiligen. Zunächst muß ich den Worten des Kollegen Vordlitz beipflichten, der in dem hier in Frage kommenden Artikel von West die „kapitalistische Fieber“ erkennt. Das trifft übrigens auch zu auf alle anderen Arbeiten, die West bisher auf dem Gebiet der Fabrikorganisation veröffentlicht hat. In dieser Beziehung verlorpact West überhaupt den Typ des modernen Betriebsingenieurs, der bei allen seinen Handlungen nicht etwa von sozialen Momenten geleitet wird, dessen soziales Verantwortlichkeitsgefühl im Interesse seiner Berufsarbeit überhaupt möglichst gering sein muß. Sein beruflicher Ehrgeiz strebt vielmehr dem Ziele zu, Betriebsanordnungen zu schaffen, bei deren Benutzung der „denkbar höchste Nutzeffekt“ erzielt werden kann, damit eine möglichst hohe Profitrate für den Unternehmer dabei herauspringt.

So hat denn auch West herausgefunden, daß in der Praxis des Unternehmers, bei Ueberprüfung eines gewissen Stundenverdienstes an einmal festgelegten Akkordpositionen Abzüge zu machen, ein

großer Fehler liegt. West versteht sich nun nicht etwa darüber, daß ein solcher Verfahren, einmal festgelegte Verordnungen umzusetzen, dem Arbeiter gegenüber eigentlich ein Unrecht bedeutet, von solchen Strafen wie das Gewissen eines echten Fabrikorganisations nicht befreit. West sucht West die Unternehmer davon zu überzeugen, daß sie mit diesem Vorgehen sich selbst schaden, deshalb macht er seine „Reformvorschläge“, für die er jetzt auch die Arbeiter zu interessieren sucht.

Wenn West bei der Begründung seiner Vorschläge konstatiert, daß in unseren heutigen Unternehmungen viel zu oft falsch kalkuliert wird, so hat er zweifellos darin recht. Mir scheint überhaupt, daß die Diskussion am reichhaltigsten anfangen, wenn wir zunächst einmal das Wesen der heutigen Kalkulationsarbeit zu erfassen suchen, um zu erkennen, auf welche Ursachen die vorhandenen Mißstände zurückzuführen sind.

Die Gründungen der heutigen Kalkulationsbureaus in den modernen Betrieben sind mehr oder weniger unter dem Gesichtspunkt erfolgt, die „Meisterwirtschaft“ abzuschießen. Die Kalkulationsarbeit lag in dem ersten Stadium der großindustriellen Entwicklung fast ausschließlich in den Händen der Meister. Dieser war gewissermaßen der erste Fabrikbeamte des Unternehmers. Wenn ein Fabrikbetrieb aus den ersten zersplitterten Anfängen hinausgewachsen war, suchte sich der Unternehmer zuerst eine Hilfskraft im Meister, der ihm die Führung der Produktion und die Beaufsichtigung seiner Arbeiter abnahm. So hat denn auch der Werkmeister des alten Schlags, wie ich es wiederholt schon geschrieben habe, früher ein fast unbegrenztes Arbeitsgebiet gehabt. Er hatte sich um die Beschaffung von Material zu kümmern, hatte das Magazin zu verwalten, die Fabrikation zu leiten, die Akkordpreise festzusetzen, auf Verbesserungen von Arbeitsmethoden und Werkzeugen zu sinnen und oft sogar die Betriebsbuchführung mit zu übernehmen. Dieses System hat zum Zusammenbruch geführt. Die unbeschränkten Funktionen, die man dem Meister übertrug, mußten Mißstände zur Folge haben. Der Werkmeister des alten Schlags war eben für seine Funktionen nicht so verwaltungstechnisch vorgebildet, wie es hätte sein müssen. Die neue Zeit und das moderne technische Bildungswesen hat eine genügende Zahl von Arbeitskräften hervorgebracht, die für diese Funktionen geeigneter waren. Der Ingenieur und der Kaufmann nahmen dem Werkmeister eine Menge Gelegenheiten ab, so daß heute der Werkmeister fast ausschließlich nur Kontrollfunktionen ausübt. Er hat die Arbeiter zu beaufsichtigen und auf die richtige Verteilung der Arbeiten zu achten, damit die Lieferungsstermine innegehalten werden können.

Daß man dem Werkmeister die Fixierung der Akkordpreise abgenommen hat, ist meiner Auffassung nach nicht in vollem Umfang als vorteilhaft zu bezeichnen. Gewiß haben die Werkmeister des alten Schlags gerade in dieser Beziehung in recht vielen Fällen eine weitgehende Güntlingswirtschaft getrieben. Da sie nicht kontrolliert wurden, hatten sie die Möglichkeit, für die gleiche Arbeit verschiedene Preise zu berechnen. Sie konnten solche Arbeiter, die ihnen nicht genehm waren, durch die Zuweisung von ungünstigen Akkorden strafen und was dergleichen Willkürlichkeiten mehr sind. Das Bestreben der Werkmeister ging deshalb darauf hinaus, in den Kalkulationsbureaus die gestellten Akkordpreise zu fixieren, zu kontrollieren und ein regelrecht ausgebildetes Akkordsystem zu schaffen. Und all dem möchte ich heute noch dem Robus das Wort reden, dem Meister bestimmte Verfügungsrechte über die Bestimmung der Akkordpositionen zu belassen. Von allen Betriebsbeamten ist meiner Auffassung nach der Meister immer noch derjenige, der am ehesten einen Einblick in die Produktionsverhältnisse des Betriebes hat.

Wenn der Kollege Vordlitz sagt, daß in den Kalkulationsbureaus der Praktiker fast nichts, der Theoretiker aber fast alles bestimmt, so kann ich ihm auch darin nicht ganz unrecht geben. Ich kann mir darüber wohl ein Urteil erlauben, da ich selbst als Kalkulationsbeamter sieben Jahre in der Großindustrie tätig gewesen bin. Wie kommen denn in den Kalkulationsbureaus der heutigen Fabrikbetriebe die Arbeitspreise zustande? Bekanntlich unterscheiden wir im Kalkulationsfach zwei Ressorts, die Nachkalkulation und die Vorkalkulation. Die Nachkalkulation ist die Preisregulatur für bereits ausgeführte Arbeiten, mit der Kommunikation von neuen Preisen hat diese Abteilung nichts zu tun und selber daher für unsere Betrachtung aus. Für eine neue Arbeit den Herstellungspreis zu bestimmen, ist Sache des Vorkalkulators. Von der persönlichen Tätigkeit dieses Beamten wird es in den meisten Fällen abhängig sein, ob er den richtigen Preis findet. Zum Kalkulieren gehört nun einmal ein feinfühler Schätzungsinstinkt. Bei einem jeden neuen

Preis, den wir bestimmen wollen, müssen uns alle vergleichen mit Arbeiten mit ähnlichem Charakter und Preisverhältnissen gegenüber sein. So seiner unser Zeßhorn also in dieser Beziehung. West sagt nicht ganz bei, daß jeder Kalkulator muß die „Preise auf dem Gropel selbst machen können“. Es geht hier so wie beim Beispiel mit dem Theaterkritiker, der gute und verständnisvolle Rezensionen schreibt, aber selbst kein vernünftiges Theaterstück fertigt. Ich habe Kollegen kennen gelernt, die als Arbeiter nur eine mittelmäßige Leistungsfähigkeit entwickelten und doch ziemlich kalkulieren konnten. Andererseits haben gute Praktiker später als Kalkulatoren versagt. Über selbstverständlich ist ein gründlicher, praktischer Bildungsgang für diese Funktionen unbedingt notwendig, um teils Arbeitszeiten und Arbeitsmethoden beurteilen zu können. Leider fehlt es uns in der Industrie an tüchtigen Kalkulatoren. Vielmehr ändern sich in Zukunft die Verhältnisse etwas, da unser technisches Schulwesen mehr und mehr dazu übergeht, nicht nur technische Akademiker auszubilden, sondern vor allen Dingen für diese Stellen, wie: Werkmeister, Kalkulatoren etc. technisch geprüfte Praktiker der Industrie zur Verfügung zu stellen. Bei aller Veranschöpfung der theoretischen und konstruktiven Vorkenntnisse des Akademikers wird herbeigeführt gerade im Kalkulationsfach bei dem Mangel an gründlich praktischen Kenntnissen selten Brauchbares leisten. Aber selbst in dem Falle, wenn der Vorkalkulator genügend Praktiker ist, wird ihm nicht das entscheidende Bestimmungsrecht über die Höhe neuer Akkordpositionen zugesprochen werden können, weil ihm selbst dann noch die intime Kenntnis der Produktionsvorgänge fehlt. In seiner Tätigkeit wird nämlich der Vorkalkulator noch mit allen möglichen anderen Funktionen vertraut, so daß ihm beim besten Willen die Fühlung mit der Werkstatt verloren geht, die er in jedem einzelnen Falle haben mußte. Er hat Korrespondenzen zu führen, hat sich um die Einkaufspreise der Materialien zu kümmern, hat mit den Konstrukteuren zu verhandeln, kurz, wird immer nur einen Bruchteil seiner Arbeitskraft auf die Beobachtung der Produktionsvorgänge verwenden können. Deshalb sollte er bei der Fixierung neuer Akkordpreise gewissermaßen nur das Vorschlagsrecht und der Werkmeister das endgültige Bestimmungsrecht erhalten.

Leider liegen in Wirklichkeit die Verhältnisse anders. Es fällt mir nicht ein, den Werkmeisterberuf herabzusetzen. Dazu habe ich während meiner Praxis gerade als Kalkulationsbeamter die Tätigkeit des Werkmeisters genau genug beobachten können, um nicht zu wissen, daß auch für diese Funktionen die Menschen so geformt werden, wie sie der kapitalistische Welt des modernen Großbetriebes erfordert. Man findet oft recht vernünftige Leute unter den Werkmeistern, die im vertraulichen Gespräch daraus keinen Hehl machen, daß sie die Forderungen der Arbeiter als berechtigt anerkennen, daß sie diese Forderungen auch erfüllen würden, wenn es von ihnen abhängig wäre. Aber gerade bei dem Meister ist das Los des industriellen Mittelmannes am schärfsten ausgeprägt. Er steht als Preisbock zwischen dem Arbeiter und der höheren Betriebsbürokratie, er hat Anteilfunktionen zu erfüllen und diejenigen Elemente machen als Werkmeister kann am besten Karriere, wenn sie am schärfsten Lohnbrüder sind. Die meisten Werkmeister suchen sich mit ihrer unabweisbaren und widerspruchsvollen Stellung dahingehend abzufinden, daß sie versuchen, nach beiden Seiten sich möglichst geschickt aus der Affäre zu ziehen. Die Bestimmungen ihrer Vorgesetzten haben sie zu erfüllen, suchen aber auch den Arbeiter gegenüber als Diplomaten sich zu bewegen. Besonders dort, wo tüchtige qualifizierte Arbeiter gebraucht werden, hat der Meister sich vor mutwilligen Zusammenstößen mit der Arbeiterschaft zu hüten, da er nur mit einem Stamm tüchtiger Arbeiter wird auf die Dauer die Anforderungen der Lieferfähigkeit erfüllen können, die die Firma an seine Abteilung stellt. Nun hat doch ein Meister in seinem Akkordbuch die Zusammenstellungen von solchen Akkordpreisen, die ihm vorgeschrieben wurden. Der Betriebsleiter und der Kalkulator haben diese Preise zusammen „gemacht“. In dieser Zusammenstellung werden nun schlechte und gute Akkorde vorhanden sein. Bei der Vergebung der schlechtesten Akkorde hat der Meister immer Differenzen mit den Arbeitern, die nicht damit auskommen. Will der Meister seine brauchbarsten Arbeiter in günstigen Zeiten nicht verlieren, so sucht er „Schleibungen“ vorzunehmen. Trotz aller Kontrolle und Nachkalkulation wird es ihm immer möglich sein, Stunden „überschreiben“ zu lassen; da wird dann das Reparaturkonto belastet, die Arbeitszeit von besseren Akkorden abgeschrieben oder andere Verfügungen vorgenommen. Der Meister hat nun einige Akkorde zu vergeben, etwa nach dem Beispiel von West so hoch kalkuliert, daß die betreffenden Arbeiten sich beinahe in der Hälfte der Zeit würden ausführen lassen. Vom Arbeiter kann man schließlich im

Im Lande der aufgehenden Sonne.

Von Chagrin.

I.

Dollarland Abel!

Ueber San Francisco laucht, wie immer, Rotter Sonne mit herrlicher Wärme. Leicht hüpften die Vögel über die hohen Felsen, wie sie an den blauen Klippen der Wellenrazer zu spielen. Die Vögel, die immer zur Willkommstunde voll einsetzt, zeigte erst leicht ihr Köpchen an. In den Felsen des Goldenen Tales brachen sich die ersten Wellen der heranrollenden Flut. Ruhig, im glänzenden Tiefblau zeigte sich die Bai. An dem so geschäftigen Hinterland des Stadt San Francisco lag noch recht ruhig. Es schien, als ob die hehrlichen Götter z. B nicht erwacht seien. Nur am Fuße des Zehngipfelngebirges hatte das Leben schon in seiner ganzen Lebhaftigkeit angefangen: die Schiffe, die in ihren Straßen hüpften sich die Bäume, Karren und Wagen. Ja oder Gottesglocke erklangen die Glocken des Klosters der Mühle in geduligtem Haufen lang, hellere Plätze, die in vergangener Nacht zerbrochen Hände angeklungen hatten. Ganz hinten sah die Schiffsanleger in die beleuchteten und doch so unheimlichen Schiffsanleger. Laut, eifrig, heilig und mit herrlichen Gesängen wurde die neue Stunde befeuert. Die erregten Bäume ließen sich hören, als ob es sich um Schwermütigen handelte, sollte ein neuer Spinnenweben erstarrt werden sein? Oder wurde zu ernsthaften Fortsetzung des Besatzes japanischer Bäume ausgeführt?

In jenen Stunden, wenn ruhigen Stunden sind die Hafenlande. Sie war heute noch mehr als sonst ganz Handel, ganz Fabrik, ganz Post. Auf den hehrlichen, kaumbedeutenden Felsenwänden leuchteten glühende Bäume und schwebende Menschen in rasender Eile. Ein verdorrtes, im Sonnenlichte hängendes, großmächtiges Holzgebäude zog sie wie ein Magnet an. Darin ein Tor, über dem die 12 mit Kleinsten getriebenen Felsen, verstanden sie. Das Tor war die gigantischen Holzgebäude war heute reichlich lauter. An seine Fassade war ein kleiner Ozeanort angeklebt: die „Mia“. Der Name Peter, der in dem Hafenort wohnt, zeigte an, daß es noch heute hinaus ging auf weite Meer. Zwischen hohen Gebäuden baute die Arbeiter. Die Felsen waren in Gruppen ihrer Fremde, halbamt befeuert. Hier standen junge Mädchen, die jenseits der Mühle hundert auf das Wasser warteten; dort weinte eine Mutter mit ihrem Sohne, der sich

zum erstenmal hinauswagte auf den Ozean des Lebens; drüben standen junge Männer, die mit schweren Füssen ihrer Ungeduld Luft suchten; überall standen Seemanns mit ihren Freunden oder Liebstes, sich gegenseitig Rat zusprechend oder zu weiteren Taten erregend. Man sprach von baldiger Rückkehr, glücklicher Reise, lustigen Abenteuer; man dachte auch an den Tod.

In Hintergründe drängten sich Hunderte von Chinesen um einen langen Tisch, an dem Beamte der Japanpolizei Aufmerksamkeit mit viel Regelmäßigkeit prüften. Jeder passierende Passagier wurde peinlich mit dem Photogramm, das sich auf seinen Papieren befand, verglichen, dazumal befragt und untersucht, ehe er auf die Gangplanken gelassen wurde. Die Ein- und Abwanderung der Japaner wird in Amerika von jeder sorgfältig kontrolliert. Aber nach dem Eise Siegel, die Entlassung des Konsulatsgenerals Siegel, ihren Eifer, die asiatischen Seiten der Chinesenstadt zu New York der christlichen Kirche zuzuführen, mit dem Leben führen mußte, ist die amerikanische Japanpolizei noch strenger, ja geradezu nervös geworden. Besonders damals, kurz nach dem Abschluß des Russisch-Japanischen Krieges, war die allergrößte Sorgfalt über diesen abwandernden Japaner, weil sie fürchtete, der Wörber könnte aus dem Lande weichen. Kein Japaner, der nicht sorgfältig untersucht, damit das Schiff betretet, selbst das nach an den Hafen gelandeten Japanern wurde der Besuch seiner Kabine durch abgeschlagen. Auch während der Fahrt wurde der Verkehr der Japanpassagiere mit den (asiatischen) Nichtjapanern, nach ungeschicht, streng untersagt. Die Quarantänebestimmungen wurden für dieses Verbot ins Streifen geführt.

Das erste Signal der Schiffspolizei heulte über Land und Wasser. Des Schiffes Fesseln waren halb gelöst. Kurz einigen Stößen und Schößen und Beben schwenkte die „Mia“ in tiefem Schwauher. Mit Rollwapp ging's die bekannte Klippe entlang, durchs Goldene Tor hinaus auf den stillen Ozean. Bald verjohnte des heimliche San Francisco, bald entschwand auch die amerikanische Küste dem Auge.

Auf hoher See.

Nach einigen Stunden des Behaglichen hatten sich unter den Schiffspassagieren Gruppen gebildet, man hatte sich angefreundet (oder auch nicht). Die Passagiere ließen sich's wohl sein nach dem schweren Hafen und der Anfrage, die eine Kreise mit sich bringt. In Unterhaltung fehlte es nicht. Die Schiffsgesellschaft war, was sie konnte, um ihren Brotgebern das Leben kurzweilig und angenehm zu machen. Auf dem Kommandanten gab's Gesellschaftsspiele, im Rauchsalon wurde leichter gewinkt, im Lesesaal stand eine

recht umfangreiche Bibliothek mit Werken in den drei Weltsprachen zur Verfügung. Regelmäßig wurden Phonographenkonzerte gegeben, auch ein Kinetograph war vorhanden; und in einem mit Salzwasser gefüllten Schwimmbassin tummelten sich Männlein und Weiblein in seltener Ausgelassenheit. Wer eine Mastur wünschte, der konnte aus einer äußerst reichhaltigen Speisekarte die Mittel dazu wählen. Die leichte Preisverhöhung für Zigarren und (alkoholische) Getränke wurde gar nicht gemerkt, denn die Passagiere hatten alle — bis auf einen — vor der Abfahrt vom Dollarland genügend Kleingeld zu sich gesteckt. Die Schiffsmannschaft setzte sich, wenn man von den ersten Stellen absteigt, vollständig aus Chinesen zusammen. Die am Tisch der lebenden Stewards (Schiffsköcher) nahmen sich in ihren langen Kostämen, halbbrasierten Schächeln und baumlangen Föpsen allerleis aus. Sie berichteten ihren Dienst geschäftig und plinklich. Nur am Ende der Reise, als der unangenehme Moment der Trinkgeldspende da war, betrugen sie sich einfach unerschämmt. Die Trinkgeldperse ist auf allen Schiffslinien anzutreffen, nicht zum mindesten auf den deutschen. Da werden eine Menge kleiner Dienste, Notwendigkeiten und total unnötige Gefälligkeiten erfunden, um den Geldbeutel des Passagiers zu verpfänden. Verschiedene Schiffsgesellschaften verabsorgen gegen eine Gebühr Eßgeds als das sicherste, beste und angenehmste Mittel für den Geldtransport. Sehr schön. Sobald man den Schied über bei den angegebenen Stellen umschleichen will, wird man vom Zahlmeister zum Steward, von diesem zum Koch, von diesem zum zweiten Steward, von diesem zur Agentur aufs Land gesandt. Jeder hat gerade zufällig kein Geld oder man wird darauf aufmerksam gemacht, daß einem eine große Gefälligkeit erwiesen wird und nicht mißzuverwendende Mienen und Gesten zeigen dem Schwerverdrigen, was gemeint ist, wenn ihm nicht gleich von vornherein ein „Keines Agto“ abgefordert wird. Man muß diesem Trinkgeldbinger gegenüber schon ganz energig aufstehen, um ihn zum Schweigen zu bringen. Kommt gar ein Unglücksdrabe von einem Passagier mit einem durchgehenden Bilet auf einer Zwischenstation aufs Schiff und hat eine Kabine nicht fest belegt, so wird er in eine sogenannte „Trinkgeldquartier“ gelegt. Und obwohl eine Masse guter Kabinen frei sind, kommt er erst dann aus der Quetsche, nachdem er Ermächtigung von substantieller Beschaffenheit gezeigt hat. Aber selbst wenn die Kabine im voraus bestimmt ist, wissen die Stewards einem nicht freigegebenen Passagier durch Ueberladung seiner Kabine und andere Tricks Geldstücke abzuhöpfen. Der Reiche grämt sich über die Trinkgeldheherei nicht sonderlich. Für den, der sein Geld mit schwerer Arbeit verdienen muß, ist die Sache schon bitterer.

Staat nicht verlangen, daß er zum Vergleichen des Wertes...

Deshalb hat Herr Weste Vorhölzer ganz recht, wenn er den Reform...

In einem Artikel des Korrespondenzblattes der Generalkommission...

Herr West hat nun das Bestreben, bei seinen „Reformvorschlügen“...

R i c h a r d W o l d t (Berlin).

Fluktuation.

fr. In Nr. 32 der Metallearbeiter-Zeitung vom Jahre 1909 habe ich...

Der Trinkgelberpest gegenüber sollte jeder Passagier die Stellung...

Die Yankee lieben, wenn sie aus der heimischen Umgebung hinaus...

Unsere Missionärgesellschaft setzte sich aus beiden Geschlechtern...

Die Missionäre erfreuen sich einer ziemlich hübschen Fahrpreisermäßigung...

diese nun ein Jahr praktisch durchgeführt haben, L'amen wie auch...

Die Mitglieder unserer Verwaltungsräte haben dieser Neuordnung...

Ferner ist in meinem vorjährigen Artikel angeführt worden, daß...

Das wir mit unserer Auffassung, bei der vierzehntäglichen Beitrags...

Die Zahl der Kollegen, die mit dem Beiträgen auf dem Laufenden...

Das finanzielle Ergebnis entspricht ebenfalls dem, was vorausgesetzt wurde...

Das Doppeltragen (zwei Nummern zusammen) der Zeitung ist auch...

Alles in allem: die 14tägliche Beitragskassierung hat sich sehr gut bewährt...

in vorhanden, das einzelne, was dagegen einzuwenden werden kann...

Das Wahrscheinlichste ist, daß wir zur Verminderung der Situation...

Table with columns: Quartal, Kollegen wurden o. Kassierer außer der Zeit aufgeführt, Kollegen mußten dem Niveau übersteigen...

Table with columns: Quartal, wegen Restieren, wegen Umsatz ohne Werbung, freiwillig, Austritt...

Table with columns: Quartal, im ganzen erledigt, persönlich aufgeführt wurden im ganzen...

Die Zahlen sind jedenfalls sehr interessant. Die Beitragskassierer...

Bei den Kollegen, die „freiwillig austreten“, ist der Erfolg ein geringer...

Table with columns: Monat, auf dem Kaufenden, Wochen Rest, Über 13 Woch. Rest, Summe d. Restbeiträge, Zahl der Restanten...

nach größer sein, wenigstens für die Ausfahrt; für die Rückfahrt...

Auf Hawaii.

Am sechsten Tage erreichte der Ruf: Land! Die erste der Sandwichinseln...

Die Inselgruppe besteht aus sieben großen und einer Anzahl winziger Inseln...

In der nächsten Umgebung der Stadt Honolulu haben sich massive Bergmassen ab...

sich damit in den Sitzungen des Vereins für gegenseitige Bewunderung...

Das „größte Land der Welt“ hat keine Hochseeschiffe.

Das Sternenhanner weht selten auf hoher See. Dunkel Sam hat keine großen Schiffe...

Wie dem nun auch sei, Amerika hat keine Hochseeschiffe. Die amerikanischen Kapitäne...

Unser Schiff, obwohl es einer amerikanischen Gesellschaft gehörte, segelte unter englischer Flagge...

Metallarbeiter.

Chemnitz. Der Oberalt Steißler, Spinnereimach-... hat im letzten Jahre eine neue Fabrik errichtet, in der er sehr tüchtig arbeitet. Die Firma liegt zum Eintritt in den Oberen Betrieb, trotzdem von denen, die zu Ostern 1909 als Dreherlehrling eintraten, zwei bis jetzt noch keine Dreherarbeit haben. Einer arbeitet an einer Schraubenschneidmaschine, der andere wird bei einem Monteur beschäftigt. Als ein Dreher aufträte, fragte der Monteur den Meister Steinbach, ob der Lehrling die frei gewordene Dreherarbeit bekommen könnte. Er erhielt zur Antwort, er solle machen, das er weitgehend, sonst bekäme er Gehalt. Es ist schon vorgekommen, daß Lehrlinge, wenn sie zu spät kamen, vom Meister Steinbach mit Prügeln bestraft wurden. Jetzt ist ein Anschlag erfolgt, der besagt, daß 50 % Strafe zu zahlen sind, wer seine Maschine nicht ordentlich putzt; verlangt aber jemand Pulswolle, gibt der Meister zur Antwort: „Ach, was brauchen Sie Pulswolle.“ (Alle zwei Wochen erhält ein Maschinenarbeiter ein Wäschen, so groß wie zwei Hüfte.) Als ein Dreher dort zu arbeiten anfangt, fand er in seinem Werkzeugakasten nur einen Mutterstift. Der Meister fuhr ihn aber an: „Na, nur los, los!“ Der Dreher antwortete, daß er ohne Werkzeug doch nicht arbeiten könne, worauf ihm der Meister Steinbach zwei ganz kurze Stäbchen gab, so daß diese nebst einem Mutterstift das ganze Dreherwerkzeug darstellen. (Später hat er dann noch weitere Stäbchen bekommen.) Ein Schlosserlehrling brachte seinen eigenen Hammer mit, weilere Werkzeuge hat er nicht. Ein anderer Arbeiter hat sein eigenes Windweifen mit in die Fabrik gebracht, um arbeiten zu können. Ein Sandarbeiter, der die Aufkemmungsarbeiten verrichten muß, war verpflichtet, für sein Geld eine Schaufel zu kaufen. Zu mehreren Schloßern, die Stellen verlangten, sagte Meister Steinbach: „Zu was brauchen Sie Stellen, machen Sie nur erst ein Schloß an Ihren Kasten.“ (In den letzten Tagen sind Schloßer angestellt worden.) Ein Schlosser arbeitet dort seit jetzt einem halben Jahre, als Werkzeug hat er bis jetzt nur 4 Feilen, 1 Hammer und 2 Meißel erhalten, er muß sich mit dem behelfen, was ihm der Monteur vorlegt. Es soll aber doch viel fertig werden; die Antreiberei ist außerordentlich groß. Der Bruder des Meisters ist dort Monteur, er arbeitet in Ostern und beschäftigt 4 bis 5 Gesellen und 6 bis 7 Lehrlinge. Dieser Mann brüht sich oft als guter Patriot. Der Meister bedient die Arbeiter mit „Bummel“ und sonstigen Lebensnötigkeiten. Der Vorarbeiter Böhm in der Modellschneiderei stellt sich — wenn das Wollenzug zum Anfangen gegeben wird — auf die Galerie und beobachtet, wie angenommen wird, die Arbeiter, ob sie zur Stelle sind. Der große Speisesaal war für diesen Herrn nicht angenehm genug, er verlangte deshalb für die Monteur einen besonderen Aufenthaltsraum, den sie auch erhalten haben. Die Unzufriedenheit in der neuen Fabrik ist sehr groß, denn die Worte sind in den letzten drei Monaten, wo die Firma im Betrieb ist, noch nicht geäußert worden, der Speisesaal wird nur Sonnabends gelehrt. Die Maschinenenteile im Betrieb stehen derartig umher, daß die Unfallgefahr vermehrt wird. Den Arbeitern ist es schwer möglich, Abfälle zu schaffen, denn die Zahl der Organisten ist sehr gering. Um Heshen holt sich Meister Steinbach Leute von Weibau, wo der Betrieb stiller war. Wenn diese Arbeiter darum angehalten werden, sich dem Verband anzuschließen, geben sie gewöhnlich zur Antwort, erst noch warten zu wollen. Dem Meister Steinbach verspricht fast jedem, der dort in Arbeit tritt, daß er halb auswärtiger Monteur werden soll. Aber viele lernen einsehen, daß es besser ist, dem Betrieb den Rücken zu kehren als auf die angebotene Monteurstelle zu warten. Die Kollegen, denen Stellung bei Oswald Steißler angeboten wird, ersehen hieraus, in welches Dorado sie kommen, wenn sie dort in Arbeit treten.

Erfurt. Am 17. Januar wurde hier eine gutbesuchte Versammlung für die in den Lampenfabriken beschäftigten Arbeiter abgehalten. Kollege W o ß (Hölle) referierte. Redner gng des näheren auf die allgemeine Lage in der Lampenfabrikation ein. Deren Lage sei in den letzten Jahren keine ruhige zu nennen gewesen. Die steuerpolitische Entwicklung, die Krisenzeit und die entstandene Konkurrenz hätten auch die Lampenindustrie ungünstig beeinflusst. Aber immer seien die Unternehmer bestrebt gewesen, die Lasten auf die Schultern der Arbeiter abzuwälzen. Wenn nun Erfurt nicht so stark unter der Krise zu leiden gehabt habe, so lag das daran, daß die Fabrikanten bestrebt gewesen sind, die Konkurrenz durch billige Ware zu verdrängen. Billige Ware könne aber, da man die Rohprodukte hier nicht billiger bekommt, nur durch möglich geringe Löhne und recht große Leistung der Arbeiter erreicht werden. Daß die Verhältnisse der Arbeiter der hiesigen Lampenfabriken keine ruhigen zu nennen seien, gehe aus einer vom Deutschen Metallarbeiter-Verband herausgegebenen Haushaltungstabelle hervor, nach der ein Arbeiter einer hiesigen Lampenfabrik seine Lage folgendermaßen schildert: „Ich bin nun bereits 22 Jahre in Lampenfabriken beschäftigt; in jetziger Fabrik 13 Jahre. Solange ich mich bestimmen kann, haben wir hier in Erfurt immer zu tun gehabt; die Lampenfabriken sind alle aus kleinen Buden Großbetriebe geworden. Lange Arbeitszeit (1 1/2 Stunden), in enig Lohn haben viel dazu beigetragen, die Herren Fabrikanten reich zu machen. Die letzten fünf Jahre haben sie ja den verschiedenen Anführern seitens des Verbandes Rechnung tragen müssen, die Löhne etwas aufgebessert und die Arbeitszeit vergrößert. Da wir nun viele Ueberstunden haben machen müssen, haben wir immer einen Verdienst gehabt, wo man bestehen konnte. Die Lebensmittelpreise und Wohnungsmieten waren im Grunde genommen (einige Ausnahmen abgesehen) nicht hoch. So kam es, daß ich mir im Laufe der Jahre noch einen Sparfennig anzusparen konnte, trotzdem ich eine kranke Frau hatte und aus keiner Kasse etwas erhielt, als sie starb. So kam das Jahr 1908 her an. Es ist viel geschrieben worden über die Krise, aber ich immer, wie hier in Erfurt, ist sie wohl nirgends empfunden worden. Sie werden das vielleicht bezweifeln, aber es ist so. Zum Teil kommt es davon her, weil hier noch sehr wenige organisiert sind. Das Jahr 1908 ist im wahren Sinne des Wortes für manchen ein Hungerjahr geworden, und auch für mich; mein Sparfennig Guthaben ist hin bis auf den letzten Pfennig. Das letzte Spargeld haben wir die Feiertage bis nach Neujahr verbraucht. Wir mußten am 21. Dezember aufhören zu arbeiten und konnten erst am 4. Januar wieder anfangen. Bis es besser wird, kann noch eine gute Zeit vergehen, und kommt dann diese gute Zeit, dann kann ich wieder von vorne anfangen.“ — Die Fabrikanten sind also zu reichen Männern geworden, sie haben daran denken können, ihre Betriebe zu vergrößern, um noch mehr Reichtum zu erzielen. Die Arbeiter aber verdienen nicht so viel, um ordentlich leben zu können. Redner weist durch statistisches Material die Verteuerung der Lebensmittel nach, wodurch die Lebensbedingungen bedeutend verschlechtert worden sind. Schon aus diesem Grunde müsse der Lohn der Arbeiter gesteigert werden, der jetzt nicht ausreicht sei. Die hiesigen Betriebe seien von der Saison beeinflusst. Sobald die Saison da ist, muß Tag und Nacht gearbeitet werden, sobald aber die Produktion nachläßt, dann wird vom Unternehmer oder Meister alles herbeigeholt; der Arbeiter schwebt immer in Gefahr, auf das Straßepflaster geworfen zu werden. Der Glaube, durch langjährige Tätigkeit im Betrieb vor Entlassung geschützt zu sein, kommt dann bei den Starbgläubigen ins Wanken. Dieses lehre ein Fall bei der Firma K l o p f e l & S o h n. Diese Fabrik ist eine der ältesten am Orte, sie zählt aber auch die niedrigsten Löhne. Beschäftigt werden jetzt 40 Personen. Diese Fabrik ist vor nicht langer Zeit in die Hände des Herrn S e l m i t z übergegangen. Ein Meister, der 33 Jahre im Betrieb tätig war, mußte einer jüngeren Kraft Platz machen. Man bot ihm statt seines bisher erhaltenen Lohnes von 30 M einen solchen von 16 M und da er damit nicht zufrieden war, konnte er gehen. Der Mann ist vor Aufregung krank geworden. Frau wird der Glaube an eine gerechtere Entlohnung bis ins hohe Alter hinein verloren gegangen sein. In diesem Betrieb werden Löhne gezahlt von 25 bis 45 S, es werden aber wenige den letzten Sock erhalten, denn es soll niemand mehr als 40 S verdienen. Um Arbeit nachfragenden Gürtlern werden 30 bis 35 S, und Schloßern 35 bis 40 S gezahlt. Ein Arbeiter aus Hildersleben (1 1/2 Stunde von Erfurt) läuft schon vierzig

Jahe lang Tag für Tag in die Fabrik, er hat 15 M pro Woche. Um aber den Arbeiter „noch zu hinter“, erhalten die Arbeiter nach sechsmonatiger ununterbrochener Tätigkeit im Betrieb von einer Unterhaltungsstelle ein „Wohnungsgehalt“ von 10 M! Man, das jährlich um 5 M steigt. Daß sich Arbeiter durch ein solches „Gehalt“ einlassen lassen, sollte man nicht glauben. Die Arbeiter dieser Fabrik haben sich aber trotz dieser Mahnung nicht um die Organisation gekümmert. Auch bei der Firma S e l m i t z & S o h n n haben sich die Arbeiter noch sehr wenig um die Organisation gekümmert, und doch tut dies dringend not. Die Arbeiterpreise sind bei der Firma im allgemeinen schlecht, hauptsächlich in der Petroleumabteilung. Bis vor Weihnachten mußten Ueberstunden gemacht werden, jetzt werden jeden Tag Entlassungen erwartet. Die S e l m i t z e r arbeiten jetzt Weihnachten nur noch 8 Stunden täglich. Was die Behandlung betrifft, so kann in der Gürtlerei, Schloßerei und Montage nicht geklagt werden. Diese Abteilungen sind ganz dem Meister überlassen, um sie kümmert sich der Fabrikant weniger. Anders in der Petroleumabteilung. Hier führt der Chef das Regiment und es fehlt nicht an gräßlichen Schimpfworten. Viele Arbeiter werden hier mit „Du“ angeredet. Einen Widerspruch kann der Unternehmer nicht ertragen. In dem Betrieb von S e l m i t z & S o h n gab es vor Weihnachten diese Ueberstunden, jetzt werden die Arbeiter schikaniert. Der Meister wiederum kann sich nicht daran gewöhnen, mit den Arbeitern so zu verkehren, wie es gewünscht werden muß. „Großschneuzen“, „Murrer“, „Laufelingen“ und dergleichen Redensarten bekommen nicht nur die jüngeren, sondern auch die älteren und verheirateten Arbeiter zu hören. Selbst während der Pausen verbot der Mann den Arbeitern das Sprechen und er drohte, bei Wiederholung die „ganze Wand hinauszuwerfen“. Der Verdienst in diesem Betrieb ist auch nicht so, daß man über Grobheiten hinwegsehen könnte. Speziell die jüngeren Kollegen sollten etwas mehr Rücksicht zeigen und sich die Behandlung nicht gefallen lassen. In der K l e m p n e r e i wurde hauptsächlich über die Garberode und schlechte Ventilation geklagt. Bei E. A. K l e m m a n n werden jetzt Abzüge vorgenommen. Auch wird über schlechte Ventilation in der Schmiede geklagt. Der Rauch zieht nach der Dreherei und ist es hier oft kaum zum Aushalten. Die Firma K l e m m e r & S e l m i t z a n n hat den größten Betrieb am Orte. Auch bei ihr sind schlechte Akkordpreise vorhanden und es ist deshalb ein starker Arbeiterwechsel zu verzeichnen. In der Gürtlerei ist es den Arbeitern trotz angestrengter Arbeit nicht möglich, einen halbwegs anständigen Lohn zu verdienen. Es kommt vor, daß verheiratete Leute bei 60stündiger Arbeitszeit mit 17 M nach Hause gehen. In der Montage (schonamt der Lohn zwischen 30 und 45 S) die Stunde. In der Drücker sind die Verhältnisse etwas besser, keineswegs aber gute zu nennen. In der Schmelzwerkstoffabrik sind die gleichen Verhältnisse. In der Verzinnerei muß besonders die schlechte Behandlung durch den Betriebsleiter herorgehoben werden. Kraftausdrücke wie: „Schjen“, „Dumme Schweine“ und dergleichen sind an der Tagesordnung. Die Behandlung der Arbeiter in der dem Meister Untertan unterstellten Abteilung soll auch schlecht sein. Sein Auftreten hebt seine Autorität durchaus nicht. Aber auch die Herren Chefs sollen sich besser „Kraftausdrücke“ bedienen. Ein Arbeiter sah eines Tages dem Chef einmal nach, als dieser durch die Bude ging. Das bemerkte Franz Kästner jun. und er rief seinem Vater zu: „Stehst du, Papa, das sind die Tagebude, die uns das Geld aus der Tasche stehlen.“ Der Arbeiter wurde am selben Tage entlassen. Wobin die Firma wohl reich geworden ist, wenn ihr die Tagebude das Geld aus der Tasche stehlen? Viel hätte noch erwähnt werden können, jedoch mußte sich der Redner wegen der Zeit beschränken. Schuld an den traurigen Verhältnissen in den Betrieben tragen zum größten Teil die Arbeiter selbst durch ihre Gleichgültigkeit. Oft ist den Arbeitern zugeföhrt worden: „Organisiert euch! Schließt euch zusammen!“ Der Ruf ist bei vielen ungehört verhallt. Nur deshalb konnten die Mißstände einreichen. Wollen die Arbeiter der Lampenfabriken ernstlich eine Verbesserung ihrer Lage, wollen sie, daß ihre Wünsche berücksichtigt und die Behandlung eine bessere werden soll, so kann dies nur erreicht werden durch Eintritt in die Organisation, in den Deutschen Metallarbeiter-Verband. Mögen die Arbeiter diese Worte beherzigen, dann können wir auch für die Arbeiter der Lampenfabriken bessere Verhältnisse schaffen. Unsere organisierten Kollegen aber mögen durch festes Zusammenhalten, durch unermüdete Agitation dazu beitragen, die uns noch Fernstehenden zu gewinnen.

Leonberg bei Stuttgart. Seit zwei Jahren existiert hier eine Maschinenfabrik von W e i ß & S o. Diese Firma sucht in Zeitungen und durch das Arbeitsamt tüchtige Maschinenarbeiter, Verheiratete werden bevorzugt. Ein verheirateter Mann ist aber auch keine Stunde sicher vor der Entlassung, da die Firma, wie es scheint, von einer Kündigungsfrist nichts weiß. Die Arbeiter werden mit Vorliebe in Akkord vergeben, dieser ist aber berat angelegt, daß in den meisten Fällen wenig dabei herauskommt. Sollte Meister F ä h r i n g e r den Akkord selbst ausführen, würde er wohl auf einen sehr geringen Verdienst kommen. Oder sollte er Angst haben, es könnte ein Arbeiter mehr verdienen als er? Der Wechsel der Arbeiter ist groß, den nächstfolgenden wird dann gesagt, daß diese Arbeit „um den Preis gemacht wurde“ und ein schöner Verdienst erzielt worden sei. An Werkzeug fehlt es und das vorhandene ist sehr primitiv. Dreher und Hobler müssen viel Zeit am Feuer zubringen, um ihre Stahlstumpen zurechtzuschneiden. Das ist mit Gefahr verbunden, da nur zwei schlechte Jangen da sind. Vor kurzem mußte einem Dreher die Nase zusammengedrückt werden, da ihm ein Stahlstumpen ins Gesicht flog. Dem Hobler wurde zugemutet, er solle zwei solche Stumpen zusammenhaken, damit er einen längeren Stahl habe! Das Straßensystem ist derart im Schwunge, daß für jede Kleinigkeit bestraft wird. Man hat schon Leute bestraft, die punkt 7 Uhr in das Geschäft kamen. Eine Arbeitsordnung fehlt. Die Wascheinrichtung spottet jeder Beschreibung, an Beleuchtung und Heizung fehlt es. Die geistliche Arbeitszeit für die Lehrlinge wird nicht eingehalten. Die Lehrlinge müssen wie die Arbeiter meistens auch alles bezahlen, was ihnen kaputt geht. Für Ueberstunden, die oft geleistet werden müssen, werden keine Prozente bezahlt. Sagt dann ein Arbeiter etwas oder er verlangt mehr Lohn, dann geht die Zammerei los: „Es wird nichts verbietet.“ Das Geschäft wäre natürlich viel leistungsfähiger, wenn ein richtiger Werkstattvorbereiter vorhanden wäre. Wie man sonst noch mit den Arbeitern umspringt, zeigt sich darin, daß ein verheirateter Mann nach sechs Wochen längerer Krankheit, als er wieder anfangen wollte, entlassen wurde. Den Kollegen raten wir, fest und treu mit dem Verbande zu arbeiten und ihm jeden noch abseits stehenden Kollegen zuzuföhren.

Leipzig i. B. In einer am 22. Januar abgehaltenen, zahlreich besuchten Versammlung referierte Kollege S a c h s aus Dresden über: „Die Entwicklung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes“. An der Hand zahlreicher Materials führte der Referent den Anwesenden vor Augen, welche schweren Kämpfe es gekostet hat, unsere Organisation auf die Höhe zu bringen, wie sie gegenwärtig dastehet. Er schilderte auch, wie durch die Gründung einer einheitlichen Zentralorganisation im Jahre 1891 in den Reihen der Arbeiter schwere Bruderkämpfe entzündet wurden, die aber dank der unermüdeten Arbeit der Gründer der Zentralorganisation bald an Bedeutung verloren haben. Es zeigen sich ja heute noch solche Ueberbleibsel, die der Zentralorganisation hindernd im Wege stehen. Nicht allzufern wird aber die Zeit mehr sein, wo diese Ueberbleibsel von den mächtigen gewerkschaftlichen Mogen hinweggespült werden. Der Redner erläuterte ferner das Unterstützungsweien und die Summen der Unterstützungen, die in den letzten Jahren im Deutschen Metallarbeiter-Verband eine enorme Höhe erreicht haben. Mit einem kräftigen Appell an die anwesenden Kollegen, unsere Organisation immer mehr auszubauen und nicht eher zu ruhen und zu rasten, bis der letzte Metallarbeiter unserer Verbande zugeführt ist, schloß der Referent seine trefflichen Ausführungen. Auch wir möchten unsere Kollegen an dieser Stelle noch ermahnen, die Worte unseres Delegierten zu beherzigen und tatkräftig mitzuarbeiten, damit wir auch hier zu besseren Verhältnissen gelangen können. Gerade die vergangenen Tage zeigten uns, daß wir hier noch ein großes Feld zu bearbeiten haben und daß wir noch mehr Erfolge in puncto Aufklärungsarbeit erzielen können. Wir haben jetzt die

Nur den hiesigen Ort hatliche Zahl von 60 Mitgliedern überstritten und nun nach jeder Kollege (das steht richtig, damit das was Ganderi dort erricht wird, Redner, auf die Verdrängung, auf die Agitation) noch der Deutsche Metallarbeiter-Verband!

Würgburg-Bez. Das Unternehmen nach erfolgreicher Agitation eine Arbeiterorganisation eine grundlegende Änderung ihres Organisationsystems vornehmen, diese Aufgabe ist nicht oft zu bewältigen. Doch ist dies bei der Maschinenfabrik von König & Bauer geschehen. In diesem Betrieb war bis jetzt ein Ueberzahlungs-system vorhanden, wonach der ganze Teil der Arbeiter vorher nicht wußte, was er verdienen würde. Ueberdies wurde vierteljährlich, dann erst erführen die Arbeiter, was sie verdient hatten. Schon seit Jahren wurde von uns versucht, die Arbeiter für den Deutschen Metallarbeiter-Verband zu gewinnen, aber alle Mühe war vergebens, nicht einmal die Versammlungen besuchten die Kollegen. Als wir aber im vorletzten Herbst mit der Agitation wieder erneuert einsetzten, war ein vollständiger Umschwung eingetreten. Die Versammlungen waren gut besucht und eine große Zahl Aufnahmen war der Erfolg. Diese Tatsache genügt der Direktion, um ihr eigenmächtiges Lohnsystem durch ein Zeilohnsystem zu ersetzen. Hier ist nun den Arbeitern der Firma König & Bauer der Weg vorgezeichnet, den sie gehen müssen, wenn sie bessere Verhältnisse an Stelle der jetzigen gesetzt haben wollen, und dieser Weg führt in die Organisation. Wir werden uns ein andermal noch eingehend mit den Verhältnissen in diesem Betrieb beschäftigen. Unseren Kollegen rufen wir aber heute zu: Halte treu und fest zur Organisation, denn mit der Zeit wird die Mehrzahl eurer Kollegen der Organisation beigetreten sein und dann hast ihr es in der Hand, eure Verhältnisse so zu gestalten, daß sie modern genannt werden können.

Schmiede.

Breslau. In der Brancherversammlung der Schmiede, Metallarbeiter und Hilfsarbeiter, die am 23. Januar im Gewerkschaftshaus abgehalten wurde, hielt zunächst Genosse Albert einen Vortrag. Darauf verbreitete sich der Branchenleiter Frank über die Aufgaben für das Jahr 1910 bei der Schmiedebewerftätigen Arbeiter. Er führte aus, daß im Schmiedegewerbe noch gar manches zu besser wäre, die Lohn- und Arbeitsbedingungen seien gerade nicht die besten. Die wirtschaftliche Krise habe auch in diesem Beruf tiefe Wunden geschlagen, die Arbeitslosigkeit sei eine gar große gewesen. Die Ausgabe für die Erwerbslosen hatte sich im verflohenen Jahre sehr gesteigert. Erstlichermweise ist die Zahl der im Deutschen Metallarbeiter-Verband organisierten Schmiede nicht zurückgegangen, sondern habe sich noch erheblich vermehrt. Jetzt sind hier im Verband nahezu 600 Schmiede, Metallarbeiter und Hilfsarbeiter organisiert. In unserer jetzigen wirtschaftlichen Lage, wo die Unternehmer zentral vereinigt sind, müssen auch die Arbeiter in Fabrikbetrieben zusammengeschlossen sein. Jeder aufgeklärte Arbeiter mußte das einsehen. Eine einzelne Berufsorganisation könne es mit dem Unternehmertum nicht mehr aufnehmen, diese Zellen hätten aufgehört. Zu ihrem Nachteil marschieren die Schmiede noch getrennt. Es läge ihm fern, die Arbeiterorganisation irgendwie bekämpfen zu wollen, aber das müßte er doch sagen, daß an der Zersplitterung doch nur die Unternehmer eine Freude haben. Wo könnte heute noch eine Berufsorganisation einen erfolgreichen Kampf um Verbesserung der Lohnverhältnisse mit dem Unternehmerband aufnehmen? Die Aufgabe der Kollegen müßte es sein, in der Kollegenchaft auflärend zu wirken. Katawa knüpfte an diese Ausführungen an und ermahnte auch seinerseits, Hand aus Wert zu legen. Nur einheitlich lassen sich Erfolge erzielen.

Stuttgart. Am 15. Januar fand hier für alle in der Schmiederei beschäftigten Personen eine Versammlung statt mit der Tagesordnung: „Ist es zweckmäßig, daß sich der Schmiedeverband mit dem Deutschen Metallarbeiter-Verband vereinigt?“ Referent war Kollege Eggert. Der Redner führte unter anderem aus: Es ist nötig, festzustellen, welche Gründe für oder gegen den Anschluß des Schmiedeverbandes an den Deutschen Metallarbeiter-Verband sprechen. Vom Schmiedeverband würde als Grund für die Notwendigkeit einer Berufsorganisation der Schmiede die besondere Entwicklung des Schmiedebewerfs angeführt, der sich im Gegensatz zu den übrigen Berufsarten in der Metallindustrie eine gewisse Selbstständigkeit und Abgeschlossenheit bewahrt habe. Diese besondere Entwicklung existiere aber nicht, aber selbst wenn sie vorhanden, sei sie ja nicht stichhaltig als Grund für eine besondere Organisation. Bei der Bauwerkerei und bei der Bauwerkerei zeige sich die „besondere Entwicklung“ noch mehr als bei den Schmieden, und doch habe der Metallarbeiter-Verband für die Schloßer Klagen geleistet. Ähnlich liegen die Verhältnisse bei den Bauanschlagern und anderen Berufen. Die Mitglieder des Schmiedeverbandes seien zum großen Teil in den Grobbetrieben der Metallindustrie beschäftigt und sie seien dort Teilarbeiter wie die Dreher, Schloßer und andere Arbeiter. Sie arbeiten also für dieselben Unternehmer und unter der gleichen Ausbeutungspraxis. Es existiert also keine Scheidlinie zwischen den Schmieden und den übrigen Arbeitern der Metallindustrie. Schon diese Tatsachen sollten für jeden maßgebend sein, für den Zusammenschluß der beiden Verbände eingutreten. Vieles würde auch als Grund gegen eine Verschmelzung angeführt, daß die hohen Unterstützungsansprüche des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes seine Mittel derart in Anspruch nehmen, daß für den gewerkschaftlichen Kampf nur wenig getan werden könne. Interessant sei deshalb wohl nachfolgende Tabelle, die die Ausgaben der beiden Verbände für Unterstützungen im Jahre 1908 veranschaulicht und darzut, daß der Deutsche Metallarbeiter-Verband trotz seiner hohen Unterstützungsätze immerhin noch mehr für Kampfwende verausgaben konnte als der Schmiedeverband.

	Schmiedeverband überhaupt pro Kopf	Metallarbeiter-Verband überhaupt pro Kopf
Reisegeld	12 973,45	0,85
401 607,89		1,11
Unzugunterstützung	4 716,38	0,31
102 044,31		0,28
Krankunterstützung	106 849,83	7,04
3 049 747,57		8,46
Arbeitslosenunterstützung	71 348,98	4,70
3 093 559,20		8,50
Streitunterstützung	26 241,89	1,73
816 648,14		2,26
Wahrgelungsunterstütz.	28 745,14	1,89
346 032,73		0,96
Notlageunterstützung	100,00	0,01
64 664,80		0,17
Nachschuß	1 563,44	0,10
69 922,08		0,19
Estergebld	3 510,00	0,23
68 888,66		0,19
Summa	256 049,11	16,85
		8 013 114,37
		22,12

Mein in dieser kleinen Zusammenstellung offenbart sich die Ueberlegenheit des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes gegenüber dem Schmiedeverband in geradezu eplatanter Weise. Nach ihr waren die Ausgaben für Unterstützungen im Deutschen Metallarbeiter-Verband pro Mitglied um 5,27 M höher als im Schmiedeverband. Bei der Durchsicht der einzelnen Posten finden wir die für den Metallarbeiter-Verband sehr günstige Tatsache, daß auf jedes Mitglied 52 % mehr für Streiks ausgegeben wurde als im Schmiedeverband. Für die Frage der Verschmelzung sei auch maßgebend, welcher von beiden Verbänden in bezug auf seine Verwaltungskosten am besten dastehet. Diese seien im Deutschen Metallarbeiter-Verband geringer. Wenn sich der Schmiedeverband dem Deutschen Metallarbeiter-Verband anschließen würde, verbilligten sich die Verwaltungskosten und Agitationskosten und es könnte dann mehr für Kampfwende verwendet werden. Jeder vermöge zu ermessen, wie groß allein dieser Vorteil für die Kollegen im Schmiedebewerftätigen wäre. Auch für die Verbandsorgane seien die Ausgaben verhältnismäßig sehr verschieden. Abgesehen vom Umfang und Inhalt: der Metallarbeiter-Verband verausgabte im Jahre 1908 für das Verbandsorgan 301 563,09 M, pro Mitglied 83 %, der Schmiedeverband für die Schmiedezitung 23 199,80 M, pro Mitglied 1,47 M. Der Deutsche Metallarbeiter-Verband ist auch in diesem Wachstum begriffen, mit dem sich der Schmiedeverband nicht zu messen vermag. Nicht sämtliche Mitglieder des Schmiedeverbandes seien Schmiede im engeren Sinne des Wortes, es seien darunter viele Mitglieder, die mit dem Beruf der Hof- und Wagen schmiede absolut nichts gemein haben. Die industrielle Entwicklung habe aber auch vor dem eigentlichen Schmiedegewerbe nicht Halt gemacht, denn die Zahl der selbständigen Grob- und Feinschmiede sei von

1906 auf 1907 von 62 755 auf 66 222, also um 3467 gestiegen. In der Beug-, Mess-, Messer- und Waffenschmiederei zeigt sich die gleiche Entwicklung. Aus dem Jahrbuch des Schmiedeverbandes ergiebt man auch, daß er Verwaltungskosten von 2, 8 und 10 Millionen hat. Es ist doch klar, daß es besser wäre, wenn diese paar Schmiede ohne weiteres unserem Verbande beitreten würden. Dies man wieder in Betracht, daß die Verpflanzung in zwei Verbänden bei Differenzen mit den Unternehmern ein Hindernis für ein schnelles und zweckmäßiges Handeln ist, dann sollte man meinen, es gäbe keinen Schmied, der nicht für den sofortigen Zusammenschluß wäre. Es hätte deshalb wohl erwartet werden dürfen, daß der Vorstand des Schmiedeverbandes die Vorschläge unseres Vorstandes nach ernstlicher Prüfung seinen Mitgliedern zur Annahme empfohlen hätte. Dessen habe aber der Vorstand des Schmiedeverbandes Gegenwärtige gemacht, die mir der gutheißenden Linn, der aus der Entwicklung nicht gelernt habe. Diese Vorschläge bedeuteten die Aufrechterhaltung des jetzigen Zustandes, nur mit dem Unterschied, daß der Deutsche Metallarbeiter-Verband die ihm jetzt angehörenden Schmiede dem Schmiedeverband überweisen müßte. — In der Diskussion sprach Kollege Hosenhien die Vorgänge, die zu den Verhandlungen über den Übertritt geführt haben. Schon vor zwei Jahren hätten die Mitglieder des Schmiedeverbandes in Hamburg Vorschläge gestellt, die den Übertritt zum Deutschen Metallarbeiter-Verband bezweckten, diese seien aber von der letzten Generalversammlung des Schmiedeverbandes abgelehnt worden. Die Hamburger Mitglieder seien mit der Ablehnung ihrer Vorschläge so unzufrieden gewesen, daß sie eine Urabstimmung vornahmen, deren Resultat war, daß sie sich mit Zweidrittelmehrheit für den Übertritt zur Verwaltungstelle Hamburg zum Deutschen Metallarbeiter-Verband erklärten. Nur durch Unterhandlungen zwischen den beiden Verbänden wurde der Übertritt damals verhindert. Weiter betonte Hosenhien, daß es bei uns Grundgesetz sei, die Lohn- und Arbeitsbedingungen der am schlechtesten gestellten Arbeiterkategorien zuerst zu verbessern. Die Schmiede gehörten aber sicher mit zu den Metallarbeitern, die noch unter ganz besonders schlechten und rückständigen Lohn- und Arbeitsbedingungen zu arbeiten haben. Einigkeit sei aber vor allen Dingen notwendig, um hier Verbesserungen durchzuführen. Das Verhalten des Vorstandes vom Schmiedeverband sei deshalb unverständlich, denn seine Vorschläge bedeuteten die Gründung eines Schmiedeverbandes im Deutschen Metallarbeiter-Verband und könnten nicht abgelehnt werden. Andere Redner wiesen darauf hin, daß es zweckmäßig sei, die Verschmelzungsfrage in gemeinsamen, vom Schmiedeverband und dem Deutschen Metallarbeiter-Verband veranstalteten Versammlungen zu behandeln. Der Referent hob im Schlußwort hervor, daß eine gemeinsame Beratung dieser Frage nützlich und zweckmäßig sei, und es empfehle sich auch, die Kollegen vom Schmiedeverband für die Verschmelzungsfrage mehr zu interessieren.

Rundschau.

Reichstag.

An der Spitze des Reichstags, das jahrelang Herr Niederding verwaltet hat, steht nun auch ein neuer Mann. Niederding war ein tüchtiger, stiller Arbeiter, mehr ein Professor als ein Politiker, neuen Ideen nicht leicht zugänglich, aber doch auch kein verbohrteter Anbeter des Alten; bei der Einrichtung des neuen bürgerlichen Reiches in Deutschland hat er zu Anfang dieses Jahrhunderts nicht übel gewirkt, aber seinen Ruf durch die dienfertige Besichtigung des Umsturzgesetzes unheilbar kompromittiert. Schließlich fehlte ihm denn doch das Beste, was eine Persönlichkeit ausmacht. An seine Stelle ist der bisherige preussische Staatsgerichtspräsident Dr. Visco getreten, der Sprößling einer alten Berliner Beamtenfamilie, dem der Ruf einer guten juristischen Bildung vorangeht. Ob er etwas mehr ist, als eben ein sozusagen „guter Jurist“, das läßt sich zurzeit nicht sagen, wenn er nur ein guter Jurist ist, dann ist er herzlich wenig, jedenfalls nicht genug, um die Führung der großen Reform unseres Strafrechts und Strafprozesses zu übernehmen, die nun allmählich unaufhaltsam geworden ist. Was brauchen wir? Wir brauchen eine Umgestaltung des Strafrechts und des Strafprozesses, die beiden den Charakter einer Klassenreform nehmen sollte. Damit ist schon gesagt, daß eine allen unseren Anschlüssen genügende Reform unter der Herrschaft kapitalistischer Wirtschaftssicherung und dem aus ihr ausgehenden Klassenhaß nicht zu erwarten ist. Man kann dem Dilemma keine Feigen pflücken. Und mit dem Klassenhaß sind Klassenrecht und Klassenjustiz durch unauflösbare Verbindungen verknüpft. Das zeigt sich auch ganz deutlich in den beiden Vorarbeiten zu einer größeren Reform, nämlich in der Novelle zur Strafprozessordnung und der sogenannten kleinen Strafgesetzbuch-Novelle, und auch von uns begrüßte Verbesserungen des Strafverfahrens und des Strafrechts verschwinden unter einem Haufen reaktionärer Bräutlichkeiten, mit denen man der ausführenden Arbeiterbewegung zu Leibe gehen möchte. Da wird es noch schwere Kämpfe kosten, ehe auch nur das Alternativenbisher durchgesetzt ist. Aber ein Erfolg kann uns überhaupt nur dann winken, wenn die Teilnahme des Volkes an diesen Dingen sich nicht hinter offenbart, als es bisher gezeigert ist. Bei den vorhergehenden Folgen unserer Kriminaljustiz, bei der Behandlung der Strafrechtsfrage für das Leben unseres Volkes sollte man meinen, daß die weitaus Kreise ihren Zusammenhängen und ihren Wünschen Gehör zu verschaffen suchten, daß sie für bestimmte Prinzipien kämpften und durch Erörterungen außerhalb des Parlamentes dem Mangel eines Reichstages abhelfen suchten; aber was alles ist rein gar nichts zu spüren. Die wichtigsten Erörterungen nahen sich im Reichstag vor einer Jahresfrist von 15 bis 25 Abgeordneten, die Erörterungen sind spärlich und haben sich an der Oberfläche, in Volkstagsversammlungen ist unseres Wissens die Reform des Strafrechts und Strafprozesses bisher höchstens geäußert worden, die Justizminister lehnen nur Sachverhalte, welche nicht einmal die Unterjochung umfassen, dann man sich nicht wundern, daß schließlich wieder ein paar Gelehrte von Juristen für Juristen bei der ganzen Geschäfte herumkommen. Daraus zu schließen wäre, daß die sozialdemokratische Partei eine wirklich großzügige Bewegung gegenüber einer Justizreform entfesselt, eine Reform, die selbstverständlich sich nicht auf das Strafrecht beschränken dürfte, sondern auch die fundamentalen Stöße unseres sozialen Rechts einer erneuten Diskussion zu unterziehen hätte. Das Strafrecht ist mehr bekannt, die eigentliche Beschaffung des Klassenkampfes der heutigen Gesellschaft haben wir aber nicht im Strafrecht, sie ist nicht mehr ein zivilen Rechte im Strafrecht.

Bei herannahendem Jahrestag waren die Verhandlungen im Reichstag im Reichstagskommissionen wie im Plenum des Reichstages über den Polarisator. Die Entdeckung von Diamanten in Südafrika, die in Deutschland zunächst als ein fester Stein angesehen wurde, hat sich als der Anfang eines verhältnißmäßig sehr gewinnreichen Geschäftes erwiesen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß im Südafrika von Bafra noch für viele hundert Millionen glitzernde Steine liegen. Die Lokalverwaltung hat sich bemüht, von dem unerschöpflichen Goldstrom wenigstens einen Teil in den Reichstagskassen zu lassen. Zudem ist der Staat, laste sie aber zugleich den höchsten Prozentsatz einer Reihe von Einküffern auf sich zu nehmen. Sonst wüßten wir, um ohne Mißverständnisse zu werden. Es gibt in Südafrika Diamanten, die in acht Tagen 200 000 M. verdienen, nicht etwa dadurch, daß sie Diamanten finden und verkaufen, sondern dadurch, daß sie — Verkaufsfähig. Et bezeichnend ist die Forderung von Diamanten

Anteile (Kleinigkeit) an die Vertreter der bekannten nicht alle werden dem Staat verkauft. Ihnen hat Verbindung die rübergehenden Klassen etwas beschliffen und dadurch eine Menge von Verleumdungen auf seine Spuren gelockt. Indessen hat die Budgetkommission unter der Führung des Abgeordneten Singer den Schwinkel rasch durch ein einstimmiges Vertrauensvotum abgelehnt. Das ist insofern verdienstlich, als dadurch schließlich die Solidität in Südafrika befestigt wird. Denn wie man auch immer zur Kolonialpolitik stehen mag, das kann keine Verhinderung sein, daß ein faules Geschäft die Einkünfte einbringt und dazu noch die auf Ordnung haltenden Männer beschliffen.

Die Beratung des Reichsetats ist inzwischen mit der ersten Beratung des Militärbudgets fortgesetzt worden. Der neue Kriegsminister hatte dabei zum erstenmal Gelegenheit, sich über die Spezialfragen seines Ressorts auszusprechen. Man muß nun sagen, daß er diese seine Pflicht mit einem intimen Aufwand selbstständiger Ideen zu erfüllen wußte. D. Einzige, was man ihm zugute halten darf, ist die Vermeidung aller scharfmacherischen Redensarten; aber darüber hinaus gab es nichts als die abgebrauchte Scheibelmünze militärischer Rhetorik. Wenn man Herrn v. Seevingen glauben darf, dann ist es mit unserem Militärischen aufs beste bestellt und auch über die Kosten darf man nicht klagen, weil sie als Prämien für eine Versicherung gegen den Krieg anzusehen sind. Das haben wir früher auch schon gehört. Aber es war früher falsch und ist jetzt nicht richtiger geworden. Der Militarismus hat längst aufgehört, eine Lebensgarantie zu sein und ist vielmehr zu einer Gefährdung des europäischen Friedens geworden. Wer das noch nicht gewußt hat, könnte es aus dem Verlauf der englischen Wahlen nun wohl ohne Schwierigkeiten lernen.

Gewerkschaftliches.

Verschmelzungsbestrebungen. Wie wir aus der letzten Nummer (3) des Hafenarbeiter ersehen, wird am 12. Mai im Hamburger Gewerkschaftshaus ein gemeinsamer Verband der Arbeiter der Verbände der Hafenarbeiter, der Seelente und der Transportarbeiter stattfinden. Die Hauptpunkte der Tagesordnung sind: Berichte über die Zusammenkünfte der Verhandlungen und Beschlüsse der Statutenorganisation. Eine Beschlusse der genannten Gewerkschaftsorgane enthält einen Statutenentwurf für den neu zu gründenden Deutschen Transportarbeiter-Verband. Dieser Statutenentwurf ist das Ergebnis einer vom 18. bis zum 17. Dezember 1909 in Hamburg abgehaltenen Konferenz. Als gemeinsame Basis der Verschmelzung kann er nur im ganzen angenommen oder abgelehnt werden. Wesentliche Änderungen würden neue Verhandlungen mit den Kontrahenten zur Folge haben und auf jeden Fall den Zusammenschluß hinauschieben. Die Mitglieder der genannten Gewerkschaften werden deswegen ersucht, dies zu berücksichtigen und etwaige Änderungsanträge nicht so zu gestalten, daß sie den Verschmelzungsbestrebungen entgegenwirken. — Wir können nur sagen: Glück auf den Weg!

Waler. Tarifbewegung. Der Schlußpunkt der Unparteiischen (siehe Metallarbeiter-Zeitung Nr. 4, Seite 31) ist in den 238 Lohngebeten, wo im ganzen 32 736 Mitglieder in Frage kommen, mit 8832 gegen 6192 Stimmen angenommen worden. Die Beteiligung an dieser Urabstimmung war — wenn man andere Urabstimmungen in Betracht zieht — verhältnismäßig regere. Ein Parteiblatt, das bemerkt, die Mitglieder des Walerverbandes hätten der Abstimmung wenig Interesse entgegengebracht, zeigte sich bei dieser Gelegenheit wieder einmal als recht mangelhaft informiert über Gewerkschaftsangelegenheiten. Dabei hätte der Vorstand des Walerverbandes noch die Urabstimmung in Versammlungen vornehmen lassen, wo über den Tarif zu vor diskutiert worden war. Nach den Erfahrungen, die verschiedene Gewerkschaften haben machen müssen, ist dies immer noch das beste Mittel, die Kräfte der Mitglieder auf die Reize zu bringen, um eine Abstimmung zu erzielen, die möglichst genau den Willen der Mehrheit zum Ausdruck bringt. Die von dem erwähnten Parteiblatt empfohlene Form der Urabstimmung, die an besonders angelegten Tagen vor sich gehen soll, bietet den Kräfte der Mitglieder zwar die Möglichkeit, ihren Willen zum Ausdruck zu bringen, zeigt aber im allgemeinen eine noch größere Unzufriedenheit der Kräfte als bei der letzten Abstimmung im Walerverband zutage getreten ist, obgleich man es für solche „allein richtigen“ Urabstimmungen doch wahrheitsgemäß nicht an Agitation hat fehlen lassen.

Für die Annahme des Reichstags waren hauptsächlich eine Anzahl kleinerer Orte — besonders in Süddeutschland — ausfindig gemacht. Dagegen haben die Waler in zahlreichen größeren Städten (Berlin, Hamburg, Bremen, Kiel, Köln, Danzig, Breslau, Elberfeld-Barmen) gegen den Tarif gestimmt. In Hamburg wurde am 24. Januar eine Protestversammlung abgehalten, die eine Resolution annahm, wonach eine unüberwiegend empfindliche außerordentliche Generalversammlung des Ergebnis der Urabstimmung für ungültig erklärt soll. Ferner werden die Resolution sich gegen die bisherige Tarifpolitik des Vorstandes und erklärt, daß es von der Stellungnahme der Generalversammlung abhängig, ob die Fikale Hamburg in dieser Tariffrage dem Zentralverband wird weitere Schlußfolgerungen ziehen können.

Gewerbegerichtliches.

Unrechtl. Selbsthilfe. Ein Arbeiter des Eisenbetongeschäfts D. & B. in Königs- (heute einer Frau den Betrag von 16,94 M. zurückverlangt) sollte der Betrag in wöchentlichen Raten abgeliefert werden. Da bei der Firma verschiedene Arbeiter entlassen wurden, glaubte die Frau, daß auch ihr Gehaltner entlassen werden könne, so daß sie dann das Recht habe. Sie wandte sich deshalb an den Kaiser und dieser verurteilte die Frau, er werde die verhängenen, wenn der Arbeiter ausbezahlt werde. Das geschah denn auch. Als dem Arbeiter am 16. Januar der Lohn von 16,94 M. auf den Tisch gebracht wurde, trat plötzlich seine Frau hinzu, die den Lohn des Arbeiters ein und entzweite sich damit. Der arme Teufel, der eine Frau mit fünf Kindern hat, brachte am Christabend nicht einen roten Heller zum Sparen. Selbstverständlich war er mit der Begnahme des Geldes nicht einverstanden; er klagte daher beim Gewerbegericht gegen die Frau auf Zahlung von 16,94 M. Der Gericht gab der Partei zu, daß er die Frau hatte holen lassen, bevor er den Lohn ausbezahlt. Das Gewerbegericht verurteilte die Frau D. & B. zur Zahlung von 16,94 M. und in die Streitkosten, wobei die Kosten des Klägers auf 4,66 M. festgesetzt wurden. (Nach der Arbeiter-Zeitung, 9. Januar 1910.)

Arbeitsbeschwerden in Leipzig. Der Frankfurter Schlosser hat 54 S. Normallohnforderung vor, geklärt aber eine Abweichung nach unten, wenn der Arbeiter zujubelt ist und eine Reue besteht. Ein Bauarbeiter erwiderte am Gewerbegericht von der Firma Hartmann 37 M. rückständigen Lohn aufsprechend dem Normallohn von 54 S. Die Firma weigerte sich, 54 S. zu bezahlen, weil der Arbeiter krank und seine Arbeitsleistung geringer einzuschätzen sei, als die eines gewöhnlichen Arbeiters; sie sei mit 45 S. Stundenlohn hinlänglich bezahlt. Der Arbeiter wandte ein, er sei arbeitsfähig angenommen worden und habe deshalb den Normallohn zu verlangen. Andernfalls hätten wir ihm besondere Vereinbarungen getroffen werden müssen; das sei nicht geschehen. Das Gericht erklärte dem Arbeiter bei und verurteilte die Firma unter Abrechnung von zu viel registrierten Stunden zur Zahlung von 27,06 M. Rücklags besonderer Vereinbarung wüßte der Normallohn nachgefordert sein. (Arbeiter-Zeitung, Frankfurt a. M., 7. Januar 1910.)

Zu niedriger Marktpreis. (Urteil des Gewerbegerichts zu Solingen vom 2. Juli 1908.) Klager hat 14 tägige Lohnentziehung wegen rechtswidriger Entlassung verlangt. Beklagte hat

Aufhebung der Klage begehrt. Sie habe dem Klager ein Werkstück zugestellt, das er in Arbeit nahm, nachdem sie ihm die Werkstücke der Arbeit 8,50 M. verlangt habe, sei ihm von der Beklagten nur ein Lohn von 3 M. geboten worden. Klager habe die Aufhebung der Klage auf diesem Lohn abgelehnt und als Klager noch mehrfache Aufforderung auf dieser Klage zugestellt, habe die Beklagte ihn entlassen. Klager erklärte demgegenüber, daß er die Verrechnung der Arbeit keineswegs verweigert habe, er sei bereit gewesen, die Arbeit in Stundenlohn — in dem er übrigens diese vorübergehend beschliffen gewesen sei — auszuführen. Auch habe er um Zuweisung anderer Arbeit gebeten, als er wegen der Kleinigkeit über die Höhe des Stundenlohnes bereits einen halben Tag geleistet habe. Beklagte behauptet, daß Klager die Arbeit auf jeden Fall habe ausführen müssen, und zwar zu dem Preise, den sie — die Beklagte — festsetze, auch wenn sie beispielsweise den Lohn nur auf 50 S. bemessen hätte. Dagegen laute der Arbeitsvertrag. Beklagte ist verurteilt worden. Aus den Gründen: Ein in der von der Beklagten behaupteten Weise abgeschlossener Arbeitsvertrag, dessen Inhalt der Klager übrigens bestreitet, muß als rechtsmässig angesehen werden. Denn die Forderung der Beklagten, daß der Arbeiter die Arbeit für jeden ihm angebotenen Lohn annehmen und machen müßte, verstößt gegen die guten Sitten. Der angebotene Lohn muß zum mindesten ein angemessener sein. Kommt die Parteien sich über die Höhe des Lohnes nicht einig, so tritt die in den obenerwähnten übliche Gewöhnlichkeit Platz, wonach die Arbeit dann in Stundenlohn verrichtet werden mußte. Der Klager hat sich keineswegs geweigert, die Arbeit zu verrichten, er selbst hat der Beklagten den Vorschlag gemacht, die Arbeit gegen Stundenlohn auszuführen. Der § 123, Abs. 2 der Gewerbeordnung trifft im vorliegenden Falle nicht zu. (Nach der Zeitschrift: Gewerbe- und Kaufmannsgericht, 14. Jahrgang, Nr. 12 am 1. September 1909.)

Ungültiger Tarif. Von 1905 bis 1907 bestand in Augsburg ein zwischen dem Brauereiarbeiterverband und der Brauereibereinigungsvereinigung abgeschlossener Tarifvertrag. Dieser wurde 1907 beiderseitig kündigt. Die Unternehmern lehnten aber jede Verhandlung zur Erneuerung des Tarifvertrages ab und diktierten einseitig die Bestimmungen. Aus diesem Grunde entstand damals auch ein hartnäckiger Kampf, an den die Unternehmern jetzt noch mit Unbehagen zurückdenken. Zu einem gegenseitigen Tarifabschluß kam es jedoch bisher nicht. Nun enthält der von den Unternehmern aufgestellte Tarif die Bestimmung, daß die Kündigung ausgeschlossen ist. Ein Arbeiter wurde kündigunglos entlassen und klagte auf eine Entschädigung von 68,12 M. Die verklagte Brauereibereinigungsvereinigung verurteilte den Arbeiter zum Entschädigungsausgleich. Das Gewerbegericht Augsburg verurteilte sie zur Zahlung von 54,30 M. an den Klager, weil der einseitig von den Arbeitgebern vereinbarte Tarif nur ein Tarifentwurf sei und keine Rechtsverbindlichkeit habe.

Berechtigte Interessen der Gewerkschaftsbeamten.

Bei Gelegenheit eines Streiks bei der Firma Hein, Lehmann & Co. in Reindendorf bei Berlin im Sommer 1909 kontrollierten die Kollegen Behrend vom Deutschen Metallarbeiter-Verband und Siecing vom Zentralverband der Schmiede die Streikposten. Sie kamen gerade hinzu, als diese von den Schutzleuten aufgefordert wurden, die Stellen zu verlassen, wo das Streikpostenstellen allein Zweck und Sinn hatte. Deshalb sagte Behrend den Streikposten: „Seid keine Hosenfüße, Ihr dürft hier stehen, die Beamten haben Euch gar nichts zu sagen.“ Wegen dieses Vorfalls wurde Behrend wegen Verletzung der Beamten zu 50 M. Geldstrafe verurteilt. Gegen dieses Urteil legte Behrend Berufung ein, die jetzt vor der Strafkammer des Landgerichts III verhandelt wurde. Die Strafkammer sprach Behrend unter Aufhebung des Urteils des Schöffengerichts frei. Behrend habe in Wahrheit berechtigter Interessen gehandelt. Ihm habe nicht die Absicht der Verletzung innewohnen. Er habe vielmehr lediglich die Interessen der Streikenden wahrnehmen wollen und dazu sei er in seiner Eigenschaft als Gewerkschaftsbeamter berechtigt gewesen. Deshalb sei auf Freisprechung zu erkennen.

Aus den Unternehmerverbänden.

Wahlfonds. Man muß es den Scharfmachern lassen, daß sie, wenn sie einmal eine Sache als ihren Zweck entsprechend anerkannt haben, diese Sache auch unbedrückt durchführen, unbelästigt darum, ob sie im bürgerlichen Lager damit Anstoß erregen oder nicht. Das zeigt sich wiederum in der am 13. Januar in Berlin abgehaltenen Sitzung der Kommission zur Sammlung, Verwaltung und Verwendung des industriellen Wahlfonds. (Siehe Metallarbeiter-Zeitung 1909, Nr. 32, Seite 255, Nr. 46, Seite 367 und Nr. 48, Seite 378.) In dieser Sitzung hat die Kommission sich konstituiert, ihre Satzungen festgestellt und einen Vorstand gewählt, der sich folgendermaßen zusammensetzt: Vorsitzender Rechtsanwalt Meyer (Hannover, Syndikus der Hfelder Hütte, Vorsitzender des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller), stellvertretender Vorsitzender E. H. Schmidt (Hof i. B., Direktor der Boglänbischen Spinnerei) und G. Herle (Leipzig-Lindenau, Direktor der Leipziger Baumwollspinnerei), Beisitzer Geheimrat Bergat Stiger (Berlin, Generaldirektor der Königs- und Laurahütte) und E. H. Müller (Direktor der Firma Gebrüder Stumm in Remscheid). Ein Bericht über diese Sitzung steht in Nr. 3 der Deutschen Industrie-Zeitung. Er enthält einen Passus, der dem Vorstand der Kommission so schon enthält, daß er ihn in der folgenden Nummer der Deutschen Industrie-Zeitung als Ausruf an alle „unmittelbaren und mittelbaren“ Mitglieder des Zentralverbandes deutscher Industrieller wiederholt. Er lautet folgendermaßen:

„An alle unmittelbaren und mittelbaren Mitglieder des Zentralverbandes richten wir nunmehr die Aufforderung, von der in ihren Betrieben im Jahre 1909 vorausgabten Lohnsumme 1/2 vom Lohn je nach an den industriellen Wahlfonds abzuführen und sich zu verpflichten, den gleichen Satz vom Lohn im Jahre 1911 von der im Jahre 1910, und im Jahre 1912 von der im Jahre 1911 vorausgabten Lohnsumme als weitere Beiträge zu dem Wahlfonds zu leisten. Die Zahlung ist zu leisten unter der Bezeichnung „Für den industriellen Wahlfonds“ an die Direktion der Distrikts-Gesellschaft, Berlin, Unter den Linden 35. Bei ähnlichen Veranlassungen sind bisher die Mitglieder gewöhnlich ohne Bezeichnung der Höhe der Leistung aufgefordert worden, einen beliebigen Beitrag zu leisten. Dabei ist die Erfahrung gemacht worden, daß sich meistens diejenigen aufmerksamsten Männer beziehungsweise Werke bereit fanden, die Last auf sich zu nehmen, während die übergroße Mehrheit der Mitglieder dies ruhig mit zugehörten Lasten geschehen läßt. Dieser verhältnismäßig kleine Preis der Opfermühen darf in dem vorliegenden Falle nicht wieder allein in Anspruch genommen werden. Dem ersten würde es gar nicht möglich sein, einen Wahlfonds in entsprechender Höhe auf diesem Wege aufzubringen, zweitens wird der Beitrag verhältnismäßig gering bemessen werden können — wie es in unserer Aufforderung auch geschrieben ist — wenn angenommen wird, daß alle, oder doch mindestens die übergroße Mehrheit der Mitglieder, den Beitrag zum Wahlfonds leisten werden. Wir vertrauen auf die Einsicht und den weiten Blick der Mitglieder des Zentralverbandes, der die große Bedeutung dieser Sache erkennen lassen wird. Es handelt sich hier um die Frage, ob die Geschichte der deutschen Industrie noch länger den wegen mangelnder Sachkenntnis überwuchernden Anschauungen und Reichthümern von Theoretikern, Sozialisten, weltfremden Volkswirten und Parteipolitikern preisgegeben sein sollen oder ob, anstatt des Kamerns und Klagen über den bescheidenen Zustand, ernst und tatkräftig der Versuch gemacht werden soll, Wandel zu schaffen. Wenden sich die Mitglieder darüber klar sein, daß der Beitrag weder mit den Interessen der Kommission, noch mit denen des Zentralverbandes

irgend etwas zu tun hat, sondern daß der Arbeiter...

Der Aufsatz in Nr. 4 enthält noch einen Nachsatz, wonach...

Man könnte die Gründung des industriellen Wohlstands...

Sozialpolitik und niedrigerer Lohn? Was ist die...

Die Lösung des modernen Proletariats und der neue...

Wund der Industriellen. Derselbe haben, nur eine andere...

Unternehmer-Terrorismus. Der Fachgenosse, das Organ des Glasarbeiter...

Kontrolle der Gewerbeinspektoren durch die Unternehmer.

Die Chemnitz-Blätter schreiben in ihrer Nr. 7 vom...

Die Fragen lauten charakteristischerweise so:

- 1. Hat der Gewerbeinspektor Ihre Fabrik während des Betriebes...
2. Welche der Gewerbeinspektoren sind vorher bei Ihnen...
3. Sind Sie oder Ihr Personal in die Lage gekommen...
4. Zeigte der Gewerbeinspektor die gleiche Bereitwilligkeit...
5. Wurde der Gewerbeinspektor sich eine Vertrauensstellung...
6. Vermied der Gewerbeinspektor, Ihnen unnötige Opfer...
7. Unterstützte der Gewerbeinspektor die Bereitwilligkeit...
8. Sind Ihnen Nachteile wirtschaftlicher oder gesellschaftlicher Art...
9. Gaben Sie sonstige Beschwerden über die Gewerbeinspektion...
10. Welche bis herauf auf Grund des § 120 der Gewerbeordnung...

Arbeitslohn, Arbeitszeit und Arbeitsleistung. Der Nr. 2 des Oesterreichischen Metallarbeiter...

Die in Österreich entworfenen, am 14. Dezember...

Die größte Bedeutung ist in vielen Branchen der...

Dazu bemerkt das Oesterreichische Metallarbeiterorgan:

„Nun, das ist ja den Herren Industriellen schon oft und oft...

Hohes Alter — aber nicht bei Arbeitern. Der letzten Nummer des Amalgamated Engineers' Monthly...

Ein beleidigter Arbeitswilliger. Der Eisendreher Sch. in Hamburg wurde wegen „öffentlicher...

Zum Schnapsböhkott. Ein neues Anschauungsmittel zum Kampfe gegen den Schnapskonsum...

Der Christen-Minister am Pranger. Aus Danzig wird uns geschrieben:

Die Liebestätigkeit, die der Bezirksleiter des zentrumschriftlichen...

Lebins schweigt. Als Lebins in Nr. 51 des Bund vom vorigen Jahre seine...

Girsch-Dunderlana. Bei den Girsch sind die Verhältnismäßigkeiten...

prinzipienreue Partei, aber wir mögen, wo wir nur möglich...

„Wie sagt doch der sozialdemokratische Reichstagskandidat Dr. Quard?...

„Erläuterung. In Nr. 15 des Westpreussischen Volksblatts vom 20. Januar 1910...

einem niederträchtigen brutalen Feind geboren, gegen den beispiellosen Terrorismus...

„Damit wollen wir den gestürzten Säuber vorläufig laufen lassen. Schließlich hat er ja noch immer die Wahl...

„Christlicher Fortschritt. Eine späßige Notiz brachte der Vorwärts in seiner Nr. 20 vom 25. Januar...

„Zurück zum Schnapsböhkott. Ein neues Anschauungsmittel zum Kampfe gegen den Schnapskonsum...

„Der Christen-Minister am Pranger. Aus Danzig wird uns geschrieben:

„Lebins schweigt. Als Lebins in Nr. 51 des Bund vom vorigen Jahre seine...

„Girsch-Dunderlana. Bei den Girsch sind die Verhältnismäßigkeiten...

„Zurück zum Schnapsböhkott. Ein neues Anschauungsmittel zum Kampfe gegen den Schnapskonsum...

„Der Christen-Minister am Pranger. Aus Danzig wird uns geschrieben:

„Lebins schweigt. Als Lebins in Nr. 51 des Bund vom vorigen Jahre seine...

„Girsch-Dunderlana. Bei den Girsch sind die Verhältnismäßigkeiten...

„Zurück zum Schnapsböhkott. Ein neues Anschauungsmittel zum Kampfe gegen den Schnapskonsum...

„Der Christen-Minister am Pranger. Aus Danzig wird uns geschrieben:

„Lebins schweigt. Als Lebins in Nr. 51 des Bund vom vorigen Jahre seine...

„Girsch-Dunderlana. Bei den Girsch sind die Verhältnismäßigkeiten...

„Zurück zum Schnapsböhkott. Ein neues Anschauungsmittel zum Kampfe gegen den Schnapskonsum...

früheren „Lebigen Wägen“ und so bekannt voran und richtig zeigte uns ein Vergleich mit dem geordneten Wägen...

haben und schon oft eine rechte Ermüdung bewirkt. Hier darf man sich aber einmal um gewissermaßen einen deutschen Weg im obersten Sinne führen...

Bei Eintritt eines Sterbefalles sind die Bestimmungen des § 6, Abs. 2 des Statuts genau zu beachten. Nicht der bloße handschriftliche Nachweis...

Vom Ausland.

Österreich.

Kelchberg i. Böhmen. Ueber den Betrieb Richter & Schwertner (Metallwerke in Proschwitz bei Gablonz a. N. in Böhmen) wurde von der Bezirksleitung die Sperre verhängt...

England.

Der Arbeitsmarkt hat sich während des vergangenen Jahres im allgemeinen gebessert. Nur im Dezember stiegen wieder die Arbeitslosenzahlen...

Handbuch der sozialdemokratischen Parteitage 1868 bis 1909, bearbeitet von Wilhelm Schröder, komplett in 18 Lieferungen à 80 S. zu je 32 Seiten...

Wir suchen die Nummern 8, 9 und 46 des Korrespondenzblattes der General-Kommission vom Jahre 1900...

Nachtrag.

Chemnitz. Wegen Lohnrückerei in der Sächsischen Maschinenfabrik ist Zuzug von Formern und Stängelformern zuzuzahlen.

Verbands-Anzeigen

- Mitglieder-Verfassungen. (In allen Verfassungen werden Mitglieder aufgen.) Samstag, 6. Februar: Amdam, Engelbräu, 8 Uhr...

Bekanntmachungen der Ortsverwaltungen etc.

- Berlin (Feilenhauer). Umgehauen und Anfragen nach Arbeit ist nicht gestattet. Der Arbeitsnachweis befindet sich jetzt bei P. Luz, N.W., Siedingstr. 54...

Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter

(S. 9 Hamburg).

Nach § 33, Abs. 2 des Statuts wird die Jahresabrechnung gegen Bezahlung von 5 S. abgegeben. Um die Auflege feststellen zu können...

Literarisches.

Vom den Sozialistischen Monatsheften ist jedes Nummer 2 des 14. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Dr. Leo Löwenthal: Die Lehren der menschlichen Lebensweisheit 1908...

Zentralarbeitsnachweis für Graveure und Ziselure

Berlin NW. 6, Chariteestraße 3.

Privat-Anzeigen.

Werkemeister. für eine Metallwarenfabrik, Bronze-gießerei (feinere Bauteile) gesucht, der mit der rationellen Fabrikation, wie Gürtlerei, Schleiferei, galvan. Anstrich...